Nr. 67.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6469.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

8. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 6, Nr. 4106.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Freitag, den 20. März 1891. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Arbeiterschutz-Gesetz-Reformen in England.

III*)

Der Entwurf des Staatssekretärs Matthews hat ebenfalls als Hauptzweck die Erweiterung und bessere Durchführung der Vorschriften des bestehenden Fabrikgesetzes über die Fabrikshygiene, er soll den Schutz der Arbeiter gegen überfüllte, mangelhaft ventilirte und unreinliche Arbeitsräume erhöhen. Auch er räumt — d. h. soweit diese Fragen in Betracht kommen — mit den Ausnahmen auf, die nach dem jetzigen Fabrikgesetz noch für eine Reihe von Werkstätten bestehen. Die häuslichen Werkräume dagegen bleiben nach wie vor vom Fabrikgesetz ausgenommen, die einzige Neuerung, die der Entwurf in Bezug auf sie enthält, besteht darin, daß, ebenso wie nach den Vorlagen der Herren James und Buxton, die Unternehmer, die Arbeiten außerhalb ihrer Geschäftsräume anfertigen lassen, eine Liste der betreffenden Arbeiter führen sollen, damit — hier kommt jedoch der hinkende Bote — die Sanitäts-Inspektoren in den Stand gesetzt werden, sich über die Beschaffenheit der Räume zu vergewissern, in denen diese Arbeiter ihr Werk verrichten und eventuell bei den Ortsbehörden Maßregeln gegen Ueberfüllung ꝛc. derselben zu veranlassen. Die Fabrikinspektoren bleiben dagegen ganz aus dem Spiel, sie könnten möglicherweise das Spiel — verderben.**)

Ueberhaupt sucht der Entwurf des Herrn Matthews die Fabrikinspektoren möglichst in den Hintergrund zu drängen, jede Vermehrung bezw. Erhöhung ihrer Vollmachten zu verhindern. Der Fabrikinspektor darf zwar Aenderungen in der Ausstattung, Benutzung ꝛc. der Fabriksräume, die ihm im Interesse der Gesundheit der Arbeiter geboten erscheinen, in Anregung bringen, aber über ihre Ausführung haben die Ortsbehörden zu befinden. Er darf, nachdem er dem Minister Bericht erstattet, die Fabrikbesitzer zur Anbringung von geeigneten Ventilatoren, Sicherheitsvorrichtungen ꝛc. anhalten, aber — die Fabrikbesitzer haben, wenn ihnen die Zumuthung unbillig erscheint, das Recht, an einen unparteiischen Schiedsspruch zu appelliren. Nach der bereits mitgetheilten Ansicht des Ministers von der Stellung der Fabrikinspektoren eine freilich nur zu begreifliche Vorsichtsmaßregel.

Eine, wenn auch nicht bedeutende Verbesserung, aber doch eine Verbesserung des bestehenden Fabrikgesetzes enthält der Satz, daß die Besitzer von Werkstätten, die weibliche Arbeiter beschäftigen, dem Fabrikinspektor genau die Zeit angeben müssen, während deren die Frauenarbeit stattfindet, und daß dieselbe sich mit Einschluß der Pausen auf nicht über 12 Stunden erstrecken darf. Das heute bestehende Gesetz bestimmt nämlich, daß in Werkstätten, wo weder Kinder noch jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, die tägliche Arbeitszeit für Frauen 10½ Stunden nicht überschreiten darf. Es erlaubt aber, diese Stunden während der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends so zu vertheilen, wie es die Art des Betriebes erheischt, — d. h. wie es dem Unternehmer in den Kram paßt. Dadurch ist eine genaue Kontrolle, ob die thatsächliche Arbeitszeit nicht überschritten wird, sehr erschwert, und dem soll und würde die neue Vorschrift abhelfen. Außerdem sorgt der Entwurf auch für einen wirksameren Schutz von Wöchnerinnen, indem er die Frist, während deren eine Frau nach der Geburt eines Kindes weder in einer Fabrik noch in einer Werkstätte beschäftigt werden darf, auf vier Wochen ansetzt.

Mit Bezug auf die Kinderarbeit soll die Verpflichtung, kein Kind ohne ein ärztliches Attest, das seine körperliche Befähigung feststellt, zur regelmäßigen Arbeit in einer Fabrik oder Werkstätte anzunehmen, künftig in Wegfall kommen. Sie habe sich, behauptet Herr Matthews, als nichtssagende Formalität erwiesen, auf die um so leichter verzichtet werden könne, als der Schutz, den sie gewähren soll, sich nur auf das Anfangen mit der Arbeit bezieht. Stoße der Fabrikinspektor auf ein Kind, das ihm ungeeignet zur Arbeit erscheine, so soll er dagegen nach seinem Entwurf das Recht haben, jeder Zeit einem qualifizirten Arzt die Frage zur Entscheidung vorzulegen. Als Zusatz zur bestehenden Vorschrift wäre der letztere Paragraph unzweifelhaft eine Verbesserung, als Ersatz derselben ist er dagegen eine entschiedene Verschlechterung, namentlich so lange, als nicht die Zahl der Fabrikinspektoren ganz bedeutend erhöht worden ist.

Von einer Erhöhung der Altersstufe der zur Fabrikarbeit zuzulassenden Kinder will Herr Matthews nichts wissen. Dieselbe ist in England bekanntlich das vollendete 10. Lebensjahr, während die Berliner Arbeiterschutz-Konferenz das 12. Lebensjahr dafür vorschlug. Dem gegenüber stützt sich Herr Matthews darauf, daß „alle Fabrikinspektoren" der Ansicht seien, daß die Gesundheit der Kinder unter dem „Halbzeit-System" ebenso gut, wenn nicht besser sei als die derjenigen Kinder, die die volle Zeit über in der Schule seien, und daß die Verbindung von technischer und geistiger Ausbildung, die die Kinder auf diese Weise empfingen, ihren Verstand schärfe. Auch das Erziehungs-Departement sei mit dem Halbzeit-System einverstanden. Alles recht schön und gut, aber nur kein Beweis, daß 5½ oder 6 Stunden Fabrikarbeit pro Tag eine zweckmäßige Thätigkeit für 10—12jährige Kinder ist.

Dies die ganze ministerielle Leistung. Um ihre Magerkeit ein wenig zu verdecken, fügte Herr Matthews am Schlusse seiner Rede, mit der er sein Kind dem Parlament übergab, den Zusatz hinzu, daß die Vorschläge der Herren James und Buxton seinerseits einer wohlwollenden Erörterung in der Kommission sicher seien, und daß diejenigen Punkte derselben, die von der Kommission angenommen würden, ja in seinen — des Ministers — Gesetzentwurf eingefügt werden könnten.

Am Besten charakterisirte den Letzteren der liberale Abgeordnete Graf Compton, indem er ihn in der am vorigen Donnerstag stattgehabten Berathung im Parlament eine „Milch- und Wasserbill" nannte. Andere Abgeordnete bezeichneten die Bill als „eine große Enttäuschung", und Sidney Buxton fand die in ihr enthaltenen Reformen „sehr dünn". Könne man die Hausindustrie auch nicht ein- für allemal verbieten, so müsse man doch so viel als möglich von ihr, der Grundlage des Schwitzsystems, abschrecken. U. A. verlangte er, daß die Register über die außerhalb der Geschäftslokale der Unternehmer beschäftigten Arbeiter nicht nur den Fabriks- und Sanitätsinspektoren, sondern auch den Arbeitern selbst zur Einsicht offen stehen sollen, sonst würden sie fast werthlos sein. Aber der Entwurf des Ministers war sogar verschiedenen Abgeordneten, die zugleich Fabrikanten sind, zu mattherzig. Neben einer ganzen Reihe anderer Abgeordneter sprachen sich z. B. auch zwei Vertreter der Textilindustrie entschieden für die Erhöhung der Altersgrenze für die Kinderarbeit aus. Andere Abgeordnete bekämpften sehr energisch den Verzicht auf die Gesundheitsatteste. Schon die bloße Thatsache, daß die Kinder vor Zulassung zur Fabrikarbeit einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden müßten, halte vielfach von dem Anbieten oder Anwerben ungeeigneter Kinder ab. Ebenso wurde von vielen Seiten betont, daß es endlich einmal an der Zeit sei, die Zahl der Fabrikinspektoren zu erhöhen, und verschiedene Abgeordnete verlangten bei dieser Gelegenheit energisch die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren und Fabrikinspektionsbeamten. Kurz, während der großen Mehrzahl der an der Debatte Theilnehmenden der Entwurf des Ministers nicht weit genug ging, fand sich kein einziger Redner, der ihn als zu weit gegangen bezeichnet hätte.

Man kann also die vom Minister vorgeschlagenen Neuerungen als das Minimum dessen ansehen, was das Parlament beschließen wird. Es wird aber wohl noch einige Schritte weiter gehen müssen. Die Schwächung

*) S. Nr. 56 und 64 des „Vorwärts".

**) So blieb z. B. der Workshop Regulation Akt von 1867 so lange todter Buchstabe, als seine Ausführung den Ortsbehörden überlassen blieb. Die pflegen „nichts zu überstürzen".

Feuilleton.

Nachdruck verboten.) (10

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol
von Robert Saweichel.

„Der Teufel ist auch 'was Recht's", murrte Ambros und hüllte sich in dichte Tabakswolken.

„Gelt, das würdest Du ihm nicht in das Gesicht sagen?" rief Jerg.

„Warum nicht?" trotzte Ambros. „Aber es giebt eben keinen."

Es erhob sich ein allgemeines Geschrei über diese kühne Behauptung.

„Was braucht's einen Teufel in der Welt?" überbot sie Ambros. „Die Menschen thun schon seine Sach' ohne ihn. Stern und Hagel, könnte der Böse schlimmer im Land hausen, als es der Bayer und Franzos thun?"

„Nein, da hat er Recht," rief es von allen Seiten.

Mutschleitner schlug einige starke Akkorde auf seiner Zither an und räusperte sich zu einem Liede, um von dem gefährlichen Thema abzulenken. Aber die Bursche ließen sich nicht davon abbringen, zumal der Wein bereits die Köpfe erhitzte. Der Sternwirth drang nicht durch und, nachdem die Bayern, Franzosen und der Teufel eine Weile bunt durcheinander geworfen worden waren, machte Jerg den Vorschlag, um den Streit zu entscheiden, sollte Ambros den Teufel rufen. Gäbe es einen, so käme er gewiß, denn er sei gut Freund mit Ambros.

Schallendes Gelächter belohnte den Vorschlag; nur Ambros verzog keine Miene.

„Ich will's thun," sagte er ruhig, „wenn mich der Jerg als Zeuge um Mitternacht auf den nächsten Kreuzweg begleiten will."

Jerg streckte abwehrend beide Hände vor sich hin.

„Oder sonst Einer von Euch," rollte Ambros seine Augen umher.

Keiner verspürte Lust dazu, und ein paar von den Burschen schlichen sich sachte davon. Die Zurückbleibenden lachten sie aus.

„Es muß doch mit Eurem Christenthum allesammt schlecht beschaffen sein, daß Ihr auf das Vaterunser oder sonst ein fromm Sprüchlein nicht vertraut, Dagegen kann der Böse nicht an."

Eine rauhe Stimme war es, welche diese Aeußerung that, und sie kam von einem Manne, der von den Gästen am Tische bei dem Ofen allein zurückgeblieben war. Er hatte dort still gesessen, aus einer kurzen Holzpfeife qualmend und nur dann und wann an einem Glase Branntwein nippend. Es war das Gamsmanndl aus Monthan, bekannt in allen Thälern durch sein großes Jagdglück. So viel Gemsen wie er hatte noch nie ein Sterblicher erlegt; freilich wollte man wissen, daß er sich auf Freikugeln verstände. Seines Zeichens war er ein Gerber, da jedoch die Gemsjagd für ihn eine Leidenschaft war, wie für andere das Spiel, so vermochte ihm sein Handwerk auf keinen grünen Zweig zu helfen, und sein bestes Zeug, das er zur Feier des Sonntags angelegt hatte, verrieth seine beschränkte Lage. Es war kein junger Mann mehr, das bezeugten schon die grauen Fäden in seinem mächtigen Schnurr- und Knebelbarte. Gesicht und Hände waren wie in brauner Lohe gebeizt, und an seinem Leibe kein überzählig Loth Fleisch. Seine dunkelbraunen Augen, die jetzt unter dem Schlapphut hervor und auf die jungen Leute gerichtet waren, hatten den festen, scharfen Blick des Falken.

„Das Gamsmanndl!" murmelten die Bursche, und Ambros rief ihm zu, daß er sich zu ihnen setzen möchte. Als er der Aufforderung nachkam, zeigte sich, daß das Diminutiv ganz wohl auf ihn paßte. Er war kaum von mittlerer Größe.

„Du mußt freilich wissen, ob das Mittel gegen den Bösen hilft," spöttelte Jerg.

„Ja, das weiß ich," versetzte das Gamsmanndl mit einem Ernst, der ihn überhaupt nie verließ. Keiner hatte ihn noch je lachen hören oder lustig gesehen. „Es hilft in jeder Noth und Gefahr, nur in einer nicht."

„Das wäre!" rief es neugierig ringsum.

„Ja, gegen die Geister und Gespenster, die zur Straf' umgehen müssen, da hilft kein Beten," sagte das Männlein.

„Ob's wahr ist?" zweifelte Einer und ein Anderer, den seine Kameraden Sebi nannten, rief:

„Hollah, Ambros, das wär' ein Stücklein für Dich das solltest Du erproben!"

„Warum nicht," entgegnete dieser. „Sag' mir nur, wo ich welche finden kann?"

„O, ich sollte meinen, Du brauchst blos um Mitternacht auf den Kirchhof zu gehen," gab Sebi an.

„Weiter nichts?" fragte Ambros. „Meinetwegen."

„Thu's nicht, Ambros," warnte das Gamsmanndel und legte ihm die Hand auf den Arm; doch Ambros rief:

„Wenn Du also 'was an Deinen seligen Großvater

der Autorität der Fabrikinspektoren und die Beeinträchtigung ihrer Funktionen wird an dem einhelligen Protest der Arbeiter scheitern. So zahm Herr Broadhurst sich auch in der Debatte hielt, so kläglich die Rolle auch war, die dieser „Arbeiter-Abgeordnete" in einer Debatte spielte, die die Arbeiterklasse so lebhaft interessirte, in diesem einen Punkte fühlte auch er sich zu einem Einspruch veranlaßt. Und das ist ein untrüglicher Barometer, wie draußen die Stimmung ist. Einige Forderungen der Herren James und Buxton werden, wenn auch in gemilderter Form, ebenfalls dazu beitragen, daß das neue Gesetz, so wenig es auch bieten wird, doch einen Schritt vorwärts bedeuten wird. Das gilt, wie schon hervorgehoben wurde, namentlich in Bezug auf die Hineinziehung der Hausindustrie in den Bereich der Fabrikaufsicht. Hier ist es in der That der erste Schritt, auf den es ankommt. Ist der einmal gethan, so müssen, so werden die anderen folgen. Das Tempo aber, in dem sie folgen, hängt nur von den Arbeitern ab. Alle Welt ist darüber einig. Selbst der „Times" entlockte die Aufnahme, die der Antrag James im Parlament fand, den Seufzer: „Der Arbeiter ist in diesen Tagen eine Macht im Staate, und das Interesse, das Anträgen entgegengebracht wird, die sein Wohl betreffen, ist zuweilen ganz bedenklich übertrieben." Die Schlußphrase ist natürlich auch „ganz bedenklich übertrieben", sicher aber ist es, daß keine Partei im Hause es mit den Arbeitern zu verderben wagt.

Es wird ein Schritt vorwärts gemacht werden, und er wird durch keine Verkürzung der Rechte der Arbeiter „ausgeglichen" werden. Weder direkt noch indirekt. Zu solcher „Sozialreform" ist man in England selbst in der Aera der Riesenstreiks nicht zu haben. Die Regierung hat neben dem oben skizzirten Entwurf noch die Einsetzung einer Kommission beantragt, welche die Frage untersuchen soll, was die Gesetzgebung zur Milderung bezw. Schlichtung der Konflikte zwischen Kapital und Arbeit thun kann, aber das Schlimmste, was die Opposition von dieser Kommission sagt, ist, daß sie ein Köder sein soll für die Arbeiter und ein Mittel, die unbequemen Fragen der einschlägigen Gesetzgebung bis nach den nächsten Wahlen zu verschleppen. Jedenfalls ist sie ein Verlegenheitsmanöver, denn trotz der großen Worte des „Torydemokraten" Randolph Churchill hat die jetzige konservativ-unionistische Regierung den Arbeitern noch weniger zu bieten, als selbst die liberale und ehedem die der alten Tories.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. März.

Windthorst ist zu früh gestorben. Hat er auch das Leben verlassen zu dem Zeitpunkte, wo die kirchenpolitische Lage seinen Erfolg bezeugte, so war sein zweites Lebensideal, die Wahrung der Interessen des Welfenhauses, noch nicht erfüllt. Hätte er nur einige Wochen länger thätig sein können, so hätte er wohl auch da sich seinem Ziele genähert. Aus der zeitweisen Entnahme von Hunderttausenden Mark, es sollen nach der „Köln. Ztg." 600 000 Mark gewesen sein, aus dem unkontrollirten Welfenfonds hätte er die Gefährlichkeit dieser einzig dastehenden „Stiftung" dargelegt und wäre um mehr als einen Schritt seinem Ziele, den Welfenfonds seinen Eigenthümern zu retten, näher gekommen. —

Der „Reichs- und Staats-Anzeiger" meldet: Die durch einen Theil der Presse gehenden Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Staatsministers **v. Bötticher** entbehren jeder Begründung. —

Morgen jährt es sich zum ersten Male, daß Fürst **Bismarck**, es war genau einen Monat nach unserem denkwürdigen Wahlsiege, seinen Abschied aus dem Staatsdienste nehmen mußte. Das verflossene Jahr, eines der ereignißreichsten der deutschen Geschichte, hat bewiesen, daß, mag man auch über die gegenwärtige deutsche Politik nicht günstiger urtheilen, wie wir es thun, Bismarck kein unentbehrlicher Staatsmann war. Hat das verflossene Jahr bemerkenswerthe Wandlungen in der Beurtheilung Bismarcks als Staatsmann gebracht, so ist noch bedeutungsvoller die Aenderung seiner Beurtheilung als Mensch. Was ihm an Ruhm geblieben war in den Augen vieler Deutscher, es ist von ihm selbst zerstört worden zu seinen Lebzeiten. Er selbst hat sich im letzten Jahre für immer den Weg versperrt, der zum Staatsdienste führt. Dies ist das einzige, wofür wir ihm danken. —

Die nationalliberale Partei spielt mit der **Kandidatur Bismarcks** ein Doppelspiel. Sie erkennt ihn nicht als Parteikandidaten an, sichert ihm aber als nationalem (nicht nationalliberalem) Kandidaten ihre Unterstützung zu. Zwei nationalliberale Abgeordnete sollen zur Agitation in den Wahlkreis entsandt werden. —

Die **Niederlage der Zigarrenarbeiter in Hamburg** hat der — zum Glück verschwindend kleinen Anzahl von Arbeitern, welche die Gewerkschaftsbewegung für ein Hemmniß der politischen Bewegung halten, wieder ein wenig Wasser auf die Mühle geliefert. „Wozu — heißt es — nutzt die gewerkschaftliche Organisation, wenn sie derartige Niederlagen nicht verhindern kann?"

Mit gleichem Recht könnte man fragen, wozu nützen politische Organisationen, wenn sie Niederlagen nicht verhindern können? Welche politische Partei hätte nicht schon Niederlagen und Schlappen erlitten? Beweisen solche Niederlagen und Schlappen, daß die politische Organisation ein Unsinn, eine Thorheit ist? Oder beweisen sie bloß, daß die Organisation oder die Leitung mangelhaft war? Was nun die Gewerkschaften betrifft, so ist es ein alter Erfahrungssatz, daß sie in Zeiten des geschäftlichen Rückganges und der Geschäftsstockung die An- und Uebergriffe der Arbeitgeber nicht siegreich abzuschlagen vermögen und mit Streiks sehr vorsichtig sein müssen.

Allein erhellt daraus die Nutzlosigkeit gewerkschaftlicher Organisation? Mit Nichten. Es erhellt bloß, daß die gewerkschaftliche Organisation sich nicht über die wirthschaftlichen Machtfaktoren hinwegsetzen kann. Das kann aber auch keine politische Organisation. Und die Thatsache steht unter allen Umständen fest, daß organisirten Gewerken, gerade weil sie organisirt sind und demzufolge eine gewisse Summe von Macht darstellen, seitens der Arbeitgeber nicht so viel zugemuthet wird, wie solchen Gewerken oder Arbeitergruppen, denen jegliche Organisation, und demzufolge jegliche Widerstandskraft fehlt.

Die gewerkschaftliche Bewegung kann niemals die politische Bewegung ersetzen, und wo sie das thun will oder gar ihr entgegentritt, ist sie reaktionär und zu bekämpfen — allein sie ist unentbehrlich für die Arbeiter und die nothwendige Ergänzung und Kräftigung der politischen Bewegung.

Man soll also das eine thun und das andere nicht lassen, wie das in Deutschland im Großen und Ganzen bisher gehandhabt worden ist. —

Die **„sächsische Gemüthlichkeit"** scheint jetzt auch in Preußen ihren Einzug zu halten. In der letzten Vereinssitzung eines hiesigen Schützenvereins legte der Vorsitzende den Mitgliedern ein Schreiben vor, in welchem es u. A. hieß, daß die Polizei, nachdem das Sozialistengesetz gefallen sei, mehr Obacht auf die Krieger- und Schützenvereine zu geben habe, damit sich keine staatsgefährlichen Elemente in denselben festsetzen könnten. Das betreffende Schriftstück sollte von jedem Mitglied unterzeichnet werden — was, so viel wir wissen, auch geschah. Bei dieser Gelegenheit wurde mitgetheilt, dem Berliner Bundesvorsitzenden Groh sei „von Oben" zu verstehen gegeben worden, daß von nun an keine Sozialdemokraten mehr in Schützen- und Militärvereinen geduldet werden sollten.

Wir haben hier berichtet, was uns von durchaus zuverlässiger Seite zugegangen ist, und wollen sehen, ob man ableugnen wird.

Einstweilen sei blos bemerkt, daß wir gar nichts dagegen haben, wenn man die Sozialdemokraten aus den Schützen- und Kriegervereinen zu entfernen sucht. Wir verlangen aber, daß man dann auch die Konsequenz habe die Sozialdemokraten nicht zum Kriegsdienst zuzulassen. Wir würden uns ganz vortrefflich dabei befinden. Und der Staat auch, wenn man darunter die Gesammtheit versteht, — denn er würde bald keine Soldaten mehr haben, das stehende Heer würde von selbst verschwinden, wir wären den Militarismus los und für 99/100 der Menschen, die den „Staat" bilden, wäre das ein außerordentlicher Vortheil. Das letzte Hundertstel würde allerdings unzufrieden sein — indeß lieber ein Hundertstel unzufrieden, als neunundneunzig Hundertstel. —

In Bismarck'schen **Reptilblättern** wird gegen den Chefredakteur des „Vorwärts" mehr oder weniger verblümt die Anklage erhoben, daß er nicht den Muth habe, das Zentral-Partei-Organ mit seinem Namen zu zeichnen, sondern einen anderen Redakteur vorschiebe, dem die Verantwortlichkeit für seine — des Chefredakteurs — Arbeiten aufgehalst werde. Nun — der verantwortliche Redakteur unseres Blattes ist ein wirklicher Redakteur, kein Strohmann, wie die Redakteure der meisten Reptilblätter, und da das Preßgesetz bloß einen verantwortlichen Redakteur erheischt, so hat Liebknecht keine Veranlassung, als Chefredakteur zu zeichnen, zumal er an diesem doppelfremdländischen und obendrein etwas undemokratischen Titel keinen sonderlichen Gefallen hat. Ihm deshalb — Mangel an Muth vorwerfen, ist an sich albern und gemein, — doppelt albern und gemein einem Manne gegenüber, der für das, was er gesagt und gethan, stets einstand, der um seiner Preßthätigkeit willen mit mehr Gefängnißstrafen beehrt worden ist, als irgend ein anderer lebender Redakteur in Deutschland, und der außerdem, auch seit er seine Stellung am „Vorwärts" bekleidet, häufig in Volksversammlungen spricht, wo jedes Wort von der überwachenden Polizei scharf geprüft wird, und an eine Abwälzung der Verantwortlichkeit nicht zu denken ist. Wenn es den betreffenden Reptilblättern mit ihrer Abneigung gegen Angriffe unter fremder Firma und Verantwortlichkeit Ernst ist, dann mögen sie sich doch gegen den Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten" wenden, der seit Jahresfrist aus feigem Hinterhalt vergiftete Pfeile schießt und die Verantwortlichkeit stets von sich ab und auf Andere zu wälzen sucht. Hic Rhodus, hic salta. Da ist ein Gegenstand gerechter Entrüstung. Haut zu! —

Einen **„jüdisch-internationalen"** Standpunkt hat ein preußischer Staatsanwalt entdeckt, und zwar soll Heine, der Dichter des schlesischen Weberliedes, diesen Standpunkt einnehmen. Was der betreffende Staatsanwalt — es ist derjenige, welcher in dem letzten Magdeburger Sozialistenprozeß seines Amtes gewaltet hat — sich wohl unter dem „jüdisch-internationalen" Standpunkt gedacht haben mag? „Jüdisch" ist eminent „national", und ein national-internationaler Standpunkt ist ein ebenso großer sprachlicher Nonsens, wie das berühmte goldene Hufeisen — und ein noch weit größerer logischer Nonsens, sintemalen es ein goldenes Hufeisen thatsächlich geben kann, nimmermehr aber etwas National-Internationales. Vermuthlich schwebte dem betreffenden Herrn Staatsanwalt bei seiner Entdeckung die allerdings unbestreitbare Thatsache vor, daß die Juden früher einmal in einem anderen Lande gewohnt haben, allein dasselbe gilt leider auch von den Deutschen oder Germanen, die auch einstmals aus anderen Ländern und einem anderen Erdtheil eingewandert sind — nur daß man noch nicht so recht weiß, woher denn eigentlich.

Der Herr Staatsanwalt könnte uns allerdings einwerfen, die Deutschen bildeten jetzt wenigstens für sich einen geschlossenen Staat und seien nicht über die ganze Erde zerstreut, wie die Juden — indeß das wäre ein Argument von sehr zweifelhafter Güte. Zunächst hat es mit dem germanischen Charakter der Deutschen seine eigene Bewandtniß. Er ist nichts weniger als „rein und zweifelsohne" — namentlich in der Magdeburger Gegend, und wir wetten hundert gegen eins, daß unser Entdecker des „jüdisch-internationalen Standpunkts", falls er nicht, wie das bei übereifrigen Staatsanwälten (Pinoffz.) durchaus nicht selten ist, semitisches Blut in den Adern hat, von slavischen oder keltischen Voreltern abstammt. In unserem

---

auszurichten hast, Sebi, heut um Mitternacht will ich's bestellen. Als Botenlohn zahlst Du am nächsten Samstag, wann wir zum Singen herkommen, Jedem von uns eine Halbe."

„Es gilt, es gilt," riefen die Anderen, mit Ausnahme des Gamsmanndls, der den Kopf schüttelte, durcheinander.

„Und was soll ich ihm von Dir ausrichten, Sebi?" fragte Ambros.

„Der Sebi will freien und hat kein Geld," scherzte Mutschleitner.

„Frag den Alten, wo der Sebi einen Schatz heben kann," fügte Jerg hinzu.

„Da braucht Einer die Todten nicht zu verunkommodiren," meinte ein Dritter. „Das weiß ja Jeder, daß unter den Zirbeln halbwegs am Anstieg zum Jöchl ein Schatz vergraben liegt."

„Oder in den Kellern von Schloß Asch," ergänzte ein Anderer. „Es ist ihm freilich schlimm beikommen, denn der Ritter von Brack hütet ihn, der wilde Franz Wilhelm, der in der Ebene vor Corvara ist erschlagen worden."

„In welcher Gestalt geht er denn um?" fragte wieder ein Anderer.

Darüber waren die Ansichten getheilt und aus jeder entwickelte sich irgend eine Schatzgräber- oder Gespenstergeschichte. Die Meisten vermochten hierzu einen Beitrag zu liefern. Man rückte enger zusammen, sprach mit gedämpfter Stimme und scheute sich, in die dunklen Ecken der Stube zu schauen. Manchem lief es fröstelnd über den Rücken. Ambros erzählte Schaudergeschichten von dem wilden Jäger, die das Gamsmanndl mit feierlichem Kopfnicken bestätigte. Jerg berichtete einige Stücklein von dem Berggeiste Oreo, der gern die Menschen foppe, aber schwere Vergeltung an denjenigen übe, die ihn selber neckten. Jetzt that das Gamsmanndl die Pfeife weg, schlürfte die Neige seines Branntweins aus und hub eine Geschichte von der verfallenen Mühle im Bannwalde an. Seine rauhe, monotone Stimme, die Unbeweglichkeit seines braunen Gesichts, aus dem die Augen wie die eines Raubvogels glänzten, steigerte noch das Grausen seiner Erzählung. Die Mühle, deren Schauplatz sie war, lag eng eingeklemmt zwischen dem Bache und den schroffen Wänden des Pares, so daß sie nur schwer zugänglich war. Der letzte Eigenthümer derselben wäre ein schrecklich habsüchtiger Mensch und nichts ihm heilig gewesen. In das Brotmehl hätte er immer einen großen Theil zerriebenen Kalkes gemischt und zuletzt seine Seele dem Bösen für ein Paar Glückswürfel verkauft. Damit hätte er spielen dürfen, wo und wann er gewollt, nur nicht in der heiligen Weihnacht. Fehlte er gegen diese Bedingung, so sollte es jedes Mal ein Leben von denjenigen kosten, die ihm die Liebsten auf der Welt wären, zuletzt sein eigenes. Zum Zeichen, daß seine Zeit gekommen wäre, würde er sieben Augen werfen.

„Kisten und Kasten hat er gefüllt mit dem Silber und Gold, das ihm die Würfel einbrachten," fuhr das Gamsmanndl fort, „und Ihr könnet Euch schon vorstellen, daß er in seiner Gier nicht hat Acht gehabt auf die heilige Zeit. So hat er denn das Leben seiner Frau und seiner Kinder verwürfelt, und wie zuletzt in einer heiligen Weihnacht die sieben Augen sind gefallen —"

Ein schreckliches Heulen und Pfeifen unterbrach ihn. Seine Zuhörer wurden blaß und den Meisten sträubte sich das Haar.

„Just so war's damals, ein furchtbarer Sturm erhob sich," begann der Erzähler wieder.

Da schlug die Wanduhr die Mitternachtsstunde. Das Gamsmanndl verstummte.

Als die Uhr ausgeschlagen hatte, stand Ambros auf. Auch er war ein wenig blaß geworden; allein seine Stimme klang wie gewöhnlich.

„Jetzt geh' ich auf den Kirchhof," sagte er. „Vielleicht krieg' ich den Müller zu sehen, wie er umgeht in glühenden Ketten und das Gesicht im Genick."

Einige schlugen ein Kreuz, die Anderen starrten ihn mit weit geöffneten Augen an. Mutschleitner versuchte, ihn von seinem Vorhaben abzubringen, indem er ihn auf das draußen tobende Unwetter aufmerksam machte.

Ambros ließ sich nicht halten, und durch das Brausen, Heulen und Pfeifen vernahmen die Zurückbleibenden das krachende Zuschlagen der Hausthür.

Eine Windsbraut raste von dem Col de Rü her durch das Thal und Ambros hatte sich mit aller Kraft gegen die Hausthür stemmen müssen, um in das Freie zu gelangen. Gleich darauf riß sie ihm den Hut vom Kopfe. Er machte keinen Versuch, ihn wiederzufinden. Undurchdringliche Finsterniß umgab ihn und sie war erfüllt von Staub, Sand, Blättern und abgerissenen Zweigen. Es war ihm unmöglich, auch nur einen halben Schritt weit zu sehen und mit Mühe behauptete er sich gegen die Gewalt des Wirbelsturmes. Den Bach hörte er zur Linken tosen, doch konnte er weder ihn noch die Brücke erkennen. Er blieb stehen, um den Gewittersturm vorüber sausen zu lassen. Da lohte es über dem Baumwalde auf, ein Donner erfüllte das Thal und eine Sündfluth begann aus den Wolken zu stürzen. Dunkelheit, schwärzer als zuvor, umgab Ambros. Der Blitz hatte ihm jedoch gezeigt, daß er noch eine gute Strecke von der Brücke entfernt war, und er schritt vorsichtig weiter, stolpernd über manchen Stein im Wege. Wieder flammte ein Blitz auf und unmittelbar darauf ein zweiter und dritter in anderer Richtung. Es waren mehrere Gewitter über dem Thale zusammengetroffen, allerwärts ein Flimmern und Aufzucken und der Donner rollte unaufhörlich gleich dem Brüllen der Geschütze in einer Schlacht. Dazwischen zischte der Regen und toste der geschwollene Bach. Bei dem Leuchten der Blitze gelang es Ambros, die Brücke zu finden. Eine blaue Feuerkugel fuhr durch den Regen und der nachfolgende Donnerschlag warf Ambros betäubt gegen das Brückengeländer. Aus dem Bergwalde zu seiner Rechten brannte eine Riesenfackel auf. Der Regen löschte sie jedoch bald wieder aus und es trat eine Pause in dem Aufruhe ein; nur der Regen rauschte durch die Finsterniß weiter. Kaum hatte Ambros das andere Bachufer gewonnen und begann den Anger hinaufzugehen, als das Toben und Wüthen von Neuem anhob. Jetzt lohte der ganze Himmel in fahlem Lichte auf. Die Kirche, die auf dem Plane zerstreuten Häuser, die Berge, die Dolomiten dämmerten gespenstig bleich durch die Regenmassen. Die Welt schien unterzugehen in Flammen und Fluthen, und unter brüllendem Donner versank sie in jäher Finsterniß.

(Fortsetzung folgt.)

heutigen Deutschland giebt es sehr wenig rein germanisches Blut — so weit überhaupt von solchem die Rede sein kann, — und gerade den reinst gebliebenen Germanen in Deutschland ist das Mißgeschick passirt, daß sie von den durch und durch ungermanischen Preußen und ostelbischen Slaven beherrscht werden — also ebenso wenig ein eigenes Reich und „nationales" Vaterland haben, wie die Juden.

Und nicht anders verhält es sich mit dem Zerstreutsein über die ganze Erde. Das trifft auf die Deutschen mindestens ebenso gut zu wie auf die Juden. In allen Ländern der Erde finden sich Deutsche — und zwar weit mehr, als Juden — in Frankreich mindestens 10 Mal so viel, in England mindestens 5 Mal so viel, in Amerika mindestens 50 Mal so viel u. s. w.

Man mag also die Sache wenden und drehen, wie man will, der Magdeburger Staatsanwalt hat eine Entdeckung gemacht, die weder seiner Logik, noch seinen geschichtlich-ethnographischen Kenntnissen Ehre macht. Er hat nur bewiesen, daß er nicht weiß, was jüdisch ist, und nicht was international. Jedenfalls hat der „jüdische" Heine aber bessere Gedichte gemacht und besseres Deutsch geschrieben als der germanisch-slavische Wildenbruch, ja sogar als der zungenbrechende Fremdwort-Vertilger Post-Stephan, welcher der armen deutschen Sprache nicht blos in Prosa, sondern mitunter auch in Versen seine gefährliche Zärtlichkeit zuzuwenden liebt. —

Heute endlich bricht der „Reichsanzeiger" das Schweigen über die **deutsch-österreichischen Handelsvertrags-Verhandlungen**, nicht dem eigenen Willen, sondern dem Zwange folgend, dem Zwange durch die österreichische Regierung, welche in der ihr zur Verfügung stehenden offiziösen Presse die von Deutschland gemachten Schwierigkeiten hervorheben ließ. Aber was der „Reichsanzeiger" Neues vorbringt, steht nicht in den zwei den Verhandlungen gewidmeten Spalten, sondern in der letzten Zeile, welche den historischen und allgemeinen zollpolitischen Betrachtungen folgt, in der Zeile, wo von dem erhofften Ergebniß der gegenwärtigen Verhandlungen gesprochen wird, woraus man schließen kann, daß an ein Abbrechen der Verhandlungen kaum gedacht werden kann. —

Gestern wurde in **Paris** an zehn Stellen der 20. Jahrestag der Pariser Kommune durch volksthümliche Bankette, Tanzbelustigungen 2c. gefeiert. In Vorträgen wurden die Tage der Kommune verherrlicht und die Festtheilnehmer aufgefordert, ihr Augenmerk auf die inneren und äußeren politischen Vorkommnisse zu richten. Sämmtliche Festsäle wiesen rothen Flaggenschmuck und die Bildnisse der hervorragendsten Kommunards auf. —

„Prinz Napoleon", der soeben gestorben ist, hatte nur insofern eine geschichtliche Bedeutung, als er im Punkt der Nase und anderer Dinge ein klassischer Repräsentant und zugleich die vollkommenste Karrikatur des Napoleon-Typus war. Feig, falsch, lüderlich, verlogen, hatte er in seiner „Familie" die Mission, die demokratische Seite des Napoleonismus zu kultiviren. Und es hat ja auch thatsächlich Esel gegeben, die darauf „reingefallen" sind. Die Franzosen, denen er nur eine lächerliche Person war, nannten ihn nie anders als Plon-Plon. Er war auch einmal General, und da machten die französischen Soldaten aus dem knieschlottrigen Plon-Plon, der beim Pfeifen der ersten Kugeln (in der Krim) einen Cholera-Anfall bekam, den Plon-Plon Craint plomb. — „Plon-Plon fürchtet das Blei." Weiter ist von dieser lebendigen reductio ad absurdum der Napoleons-Legende nichts zu vermelden. —

Spanien hat nunmehr auch seine **Arbeiterinnen-Bewegung.** Seit einer Woche stehen die 2500 Zigarettenmacherinnen der königl. Tabakmanufaktur in Madrid im Vordergrunde des politischen Interesses. Vor etwa vier Monaten wurde die große staatliche Fabrik — in Spanien ist die Tabakfabrikation monopolisirt — durch eine Feuersbrunst zerstört, wodurch die Arbeiterinnen gerade während der kältesten Winterzeit beschäftigungslos wurden; viele derselben hatten bei dem Brande auch Kleidungsstücke und andere Habseligkeiten eingebüßt. Es ging nun schon einige Zeit das Gerücht, daß dieses Feuer angelegt worden sei, weil einige der Verwaltungsbeamten das Bekanntwerden größerer Unterschleife befürchteten. Dieser Verdacht wurde vor etlichen Tagen für die Mehrzahl der Arbeiterinnen zur Gewißheit, als in den provisorischen Fabrikräumen abermals Feuer ausbrach, welches freilich durch die Arbeiterinnen noch rechtzeitig entdeckt und gelöscht wurde. Jetzt aber verließen sämmtliche 2500 Zigarettenmacherinnen die Fabriklokale, zogen vor das Haus des Direktors und verlangten von diesem die sofortige Absetzung mehrerer Beamten und Meister, sowie eine genaue amtliche Untersuchung aller inneren Verhältnisse der Fabrik. Der Direktor versprach jede mögliche Abhilfe und beruhigte die Arbeiterinnen so weit, daß sie ihre Arbeit wieder aufnahmen. Schon am folgenden Tage aber brach der Sturm von Neuem los, denn es explodirte innerhalb der Fabrik eine Dynamitpatrone, welche in dem Maschinenhause bedeutenden Schaden anrichtete. Die Arbeiterinnen stürzten jetzt unter Geschrei durch die Straßen, indem sie erklärten, die Meister wollten sie morden, weil sie deren Unterschlagungen an Rohmaterial und Arbeitslohn nicht länger mehr ruhig mit ansehen wollten. Der Lärm verbreitete sich über den ganzen Stadttheil, so daß es der Gouverneur für nöthig hielt, Militär aufzubieten und starke Patrouillen durch die Straßen zu entsenden. Die Arbeiterinnen versammelten sich darauf auf einem freien Platze und erwählten daselbst aus ihrer Mitte eine Kommission, welche sich direkt an den Minister des Innern wandte. Dieser empfing die Arbeiterinnen und hörte fast eine Stunde lang deren Klagen an, welche er sofort durch seinen Sekretär zu Protokoll nehmen ließ. Die Arbeiterinnen forderten hierbei die Entfernung mehrerer Meister, durch welche sie fortwährend um einen Theil ihres Verdienstes betrogen worden seien, ferner kürzere Arbeitszeit und den Erlaß einer gemeinschaftlich vereinbarten Fabrikordnung. Für die Erfüllung dieser Forderungen gewährten sie der Regierung eine Frist von vierzehn Tagen, widrigenfalls sämmtliche Arbeiterinnen die Arbeit niederlegen würden. —

Die „Times" berichtet, der amerikanische Landwirthschafts-Sekretär Rusk, der sich gegenwärtig in New-York aufhält, um sich über Einzelheiten für die Ausführung des neuen **Fleischschau-Gesetzes** zu informiren, habe sich dahin ausgesprochen, daß das neue Gesetz in Frankreich, Deutschland und England befriedigen und eine große Zunahme der Ausfuhr von Schweinefleisch-Produkten nach diesen Ländern herbeiführen werde. Hoffentlich werde Deutschland die Einwendungen gegen die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches nunmehr fallen lassen. —

Die Regierung von **Chile** hat in völkerrechtswidriger Weise dem österreichisch-ungarischen Konsul die weitere Anerkennung seiner Amtsstellung abgesprochen, weil demselben, ob mit Recht oder Unrecht, kann nicht entschieden werden, der Vorwurf gemacht wurde, daß er den Aufständigen Dienste geleistet habe. Bei der großen Entfernung von Europa und der Schwäche der österreichischen Marine ist kaum anzunehmen, daß Oesterreich sich zu einer maritimen Demonstration entschließen werde. —

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom 19. März. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Maybach und zahlreiche Kommissare.

Die Bänke des Hauses sind sehr schwach besetzt.

Die Novelle zum Wassergenossenschaftsgesetz für das Gebiet der Wupper und die Gesetze betreffend den Rechtszustand von Meiningen an Preußen abgetretener Gebietstheile und über die Erweiterung des Staatsschuldbuchs werden in dritter Berathung angenommen.

Darauf wird die zweite Berathung des Etats fortgesetzt und die gestern abgebrochene Verhandlung über den Eisenbahn-Etat wieder aufgenommen.

Abg. **Seiffardt**-Magdeburg (natl.) tritt für eine Verbesserung der Bahnhofs-Einrichtungen in Krefeld ein, welche regierungsseitig zugesagt wird.

Abg. **Bödicker** (Zentrum) regt eine Gehaltsaufbesserung der Assistenten an. Auch hier wird möglichste Berücksichtigung in Aussicht gestellt.

Folgende beiden vom Abg. **Richter** gestellten Resolutionen empfiehlt die Budgetkommission zur Annahme: „Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage Uebersichten vorzulegen:

a) über die Zahl der jährlich oder theilweise dienstfreien Wochen- und Sonntage, welche dem Stations-, Strecken- und Fuhrpersonal der Staatseisenbahnen zur Zeit gewährt werden;

b) über die Zahl und die Einkommensverhältnisse der diätarischen Beamten in allen Zweigen der Staatsverwaltung, sowie über Dienstalter und durchschnittliche Wartezeit derselben bis zur etatsmäßigen Anstellung."

Minister **von Maybach** erklärte, daß die Regierung mit dem ersten Antrage einverstanden sei. Ueber den zweiten Antrag fänden zur Zeit noch Erörterungen im Schoße des Staatsministeriums statt.

Beide Anträge wurden vom Hause angenommen.

Die Ansätze des Eisenbahnetats werden nach den Anträgen der Budgetkommission durchweg genehmigt, die Berichte über die Verhandlungen des Landes-Eisenbahnraths, über die Ergebnisse des Betriebes und über die Bau-Ausführungen werden durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Der Etat der Bauverwaltung wird ebenfalls nach den Anträgen der Budgetkommission erledigt und die zu einem Neubau an den z. Z. vom Ober-Landesgericht benutzten Flügel des königlichen Schlosses zu Stettin, sowie zum Umbau dieses Flügels geforderte erste Rate von 100 000 M. abgelehnt.

Zur Ausarbeitung der speziellen Entwürfe zu dem Neubau eines Geschäftsgebäudes für beide Häuser des Landtages sind 40 000 M. ausgesetzt.

Abg. Graf **Limburg** (kons.) warnt vor zu großem Luxus und befürwortet möglichste Einfachheit.

Die Abgg. Dr. **Lieber** (Zentrum), Dr. **Friedberg**, **Mithoff** (natl.), **Hansen** (freis.) heben dagegen hervor, daß das Landtagshaus auch der Würde des Zwecks und der Stellung des ersten deutschen Staates angemessen sein müsse.

Abg. **Steffens** (dfreis.) schließt sich dieser Auffassung an. Sparsam, praktisch und würdig solle gebaut werden, nicht aber dürftig.

Mit der Annahme des Etats der Bauverwaltung ist auch die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung 7. April (Petitionen).

Schluß 3¼ Uhr.

Herrenhaus.

Am Regierungstische: Finanzminister Dr. Miquel, Generalsteuer-Direktor Burghart und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung (erste Lesung) der Entwürfe des Einkommensteuergesetzes, des Gesetzes, betreffend Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes, und des Gewerbesteuergesetzes.

Zur Geschäftsordnung beklagt es Herr Graf **v. Hohenthal**, daß der Etat wiederum nicht rechtzeitig an das Haus gelangt sei.

Herr Graf **zu Stolberg-Wernigerode** spricht sich für das Einkommensteuergesetz nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses aus. Nur gegen das progressive System des Steuertarifs hat der Redner Bedenken. Von einer Degression könne keine Rede sein, da dieselbe unterbrochen werde und nur noch unten stattfinde. Die Progression nach oben sei schädlich; je höher der Prozentsatz sei, desto größer sei die Gefahr, daß Defraudationen stattfänden. Eine gerechte, d. h. scharfe Einschätzung sei nothwendig, aber 4 pCt. sei zu hoch gegriffen und man werde dadurch häufigen Wechsel des Wohnorts nach Orten, wo geringe Gemeindesteuern erhoben würden, befördern. Redner bittet, die Degression nach unten beizubehalten, dagegen die Progression nach oben zu beseitigen. Der Verwendungsparagraph hätte präziser gefaßt werden können, als Endziel sei doch die Beseitigung der Grundsteuer anzusehen.

Herr Graf **v. Mirbach** hat gleichfalls zahlreiche Bedenken gegen den Entwurf. Die direkten Steuern müßten immer mehr hinter den indirekten Steuern zurücktreten und dürften keine wesentliche finanzielle Bedeutung haben. Die indirekten Steuern belasteten gerade die arbeitenden Klassen viel weniger, als die direkten; diese Wahrheit müsse erst allgemein erkannt werden.

Frhr. **v. Durant** spricht sich für die schärfere Heranziehung der großen und für bedeutendere Entlastung der mittleren und kleineren Einkommen aus.

Finanzminister Dr. **Miquel**: Die größten Einkommen haben sich bisher am meisten zu verbergen verstanden, namentlich beim mobilen Kapital, darum wird hier die Deklarationspflicht am stärksten wirken, auch die Gewerbesteuer werde hier große Wirkung ausüben, darum empfehle es sich nicht, die Progression nach oben noch schärfer zu gestalten. Die Ausführung werde ja keine Schwierigkeiten machen, wenn man die Wirkung des Gesetzes erst übersehen könne.

Herr Graf **v. Zieten-Schwerin** steht auf auf dem Boden der Vorlage, wie sie aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen ist und empfiehlt Ueberweisung derselben an eine Kommission von 15 Mitgliedern.

Herr **v. Levetzow** erklärt, daß der Finanzminister den Entwurf so glänzend vertheidigt habe, daß ihm nicht mehr viel übrig geblieben sei.

Nach unwesentlicher Debatte wird der Entwurf nebst dem des Erbschaftssteuer-Gesetzes an eine Kommission von fünfzehn Mitgliedern verwiesen; der Entwurf des Gewerbesteuer-Gesetzes geht an eine besondere Kommission von gleichfalls fünfzehn Mitgliedern.

Ohne Debatte erledigt das Haus in einmaliger Schlußberathung den Gesetzentwurf, betreffend die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen, Hannover und der Rheinprovinz, worauf Graf Matuschka Namens der Kommission über die Städte-Ordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden berichtet.

Stadtrath **Rieß** (Kassel) empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Auf eine Anfrage desselben Redners in Betreff der Pensionsberechtigung der Gemeindebeamten erwidert

Minister des Innern **Herrfurth**: Dafür sei die Zeit des Dienstes bestimmend.

Die Vorlage wird mit den nicht wesentlichen Abänderungen, welche die Kommission hat, angenommen.

An letzter Stelle folgt die einmalige Schlußberathung über die von der Regierung vorgelegten Nachrichten von der Verwaltung der Staats-Bergwerke, Hütten und Salinen.

Der Berichterstatter, Oberbürgermeister **Schmieding**, führt aus, daß die Lage der Berg- 2c. Verwaltung sich als eine durchaus befriedigende darstelle. Durch die Kosten für die Invaliditäts- und Altersversorgung sei allerdings die Lage der Industrie eine schwierige geworden. Die Städte in den Industriebezirken seien bestrebt, die Lage der Arbeiter durch Regelung der Wohnungsverhältnisse zu verbessern. Das Herrenhaus habe den Beruf, sich besonders um die Arbeiterverhältnisse zu kümmern und die bezüglichen Vorschläge zu sichten. Für den Schutz der sogenannten armen Arbeiter ist nachweislich viel geschehen, nicht aber zum Schutze der Arbeiter gegen die Sozialdemokratie. Man müsse auf eine mehr vorbeugende Gesetzgebung dringen und dabei namentlich die Presse ins Auge fassen. Besonders sei eine Haftpflicht des Verlegers der Zeitungen anzustreben. Ebenso müsse man die professionellen Hetzer niederzuhalten suchen und für Schutz der Arbeiter in den Gruben auch nach den Streiks sorgen. Ueberhaupt erscheine eine strafrechtliche Verfolgung der Streiks angezeigt.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Wildschadengesetz (kleinere Vorlagen).

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Landsberg a. W. Genosse Peus hat auf seine Beschwerde über die Polizeibehörde in Landsberg a. d. W. (Ausstellung einer unvorschriftsmäßigen Bescheinigung und daraufhin erfolgende Auflösung) folgenden Bescheid erhalten:

„Auf Ihre Beschwerde vom 6. d. M. erwidere ich nach Anhörung der betheiligten Beamten, daß ich dieselbe insoweit als gerechtfertigt anerkenne, als die Bescheinigung über die Anmeldung der zum 25. v. M. berufenen Versammlung zu Unrecht ertheilt worden war und vielmehr zurückgewiesen werden sollte, weil die Anmeldung, in welcher die Stunde der Versammlung nicht angegeben war, dem Gesetze nicht entsprach. Die Bescheinigung war vom Polizei-Registrator, welchem die Anmeldung offen überreicht worden, ausgestellt worden, in der Meinung, daß er sie nicht weiter zu prüfen habe. Ich habe ihn deshalb zurechtgewiesen. Meydam".

* * *

Zeitz, 18. März. Heute fand im Saale der Bürger-Erholung eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse August Siegel aus Dorstfeld über „Die gewerkschaftliche Bewegung und die Streiks" referirte. Er warnte vor Streiks und forderte alle Arbeiter auf, der Organisation beizutreten. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Bei der Wahl eines Preß-Kommissionsmitgliedes wurde Genosse Brinkmann einstimmig gewählt. Genosse Junghans bringt die Lokalfrage des Arbeiter-Bildungsvereins zur Sprache, und theilt mit, daß drei Wirthe bis jetzt ihre Säle zur Verfügung gestellt haben. Unser Verlangen ist aber, daß die Versammlung nicht bis 11 Uhr, sondern bis 12 Uhr tagen soll, was auch dem Arbeiter-Bildungsverein zusteht. Der Antrag, die Wirthe zu unterstützen, über welche Polizeistunde verhängt ist, wird angenommen. Die Genossen Berg und Junghans wünschen den 1. Mai eine öffentliche Versammlung, die Festlichkeit den ersten Sonntag im Mai abzuhalten. Es wird eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, welche diese Angelegenheit weiter regeln soll. Der überwachende Beamte macht den Vorsitzenden aufmerksam, daß es 11 Uhr ist. Genosse Junghans ersucht den Vorsitzenden, den überwachenden Beamten zu fragen, aus welchem Grund er um 11 Uhr Feierabend zu bieten habe, worauf der Ueberwachende sagte: auf Grund einer Polizei-Verordnung. Da der Vorsitzende noch nicht schließt, wird die Versammlung vom Ueberwachenden aufgelöst.

* * *

Aus Anhalt, 17. März. Am Sonnabend, den 14. d. M., tagte in Hecklingen eine sozialdemokratische Versammlung, die von dem anwesenden Ortsschulzen „kraft seines Amtes" aufgelöst wurde, als der Referent ausführte, daß die Arbeitskraft eine Waare sei, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage regele. Die Auflösung erscheint um so räthselhafter, als der Schulze dem Referenten gegenüber erklärte, „er wäre dessen Ausführungen mit größtem Interesse gefolgt und stehe der Sache durchaus nicht feindlich gegenüber, aber er hätte eben auflösen müssen."

* * *

Bergedorf. Wir druckten eine Notiz des „Hamb. Echo" ab, wonach seitens der zu längeren Gefängnißstrafen verurtheilten Vorstandsmitglieder des hiesigen Maurer-Fachvereins nach Verwerfung der eingelegten Revision ein Gnadengesuch dem Senat unterbreitet werden soll. Wie uns von betheiligter Seite mitgetheilt wird, denkt von den Verurtheilten Niemand daran, ein solches Gesuch einzureichen und die Veranlassung zu dieser Notiz ist wohl darin zu suchen, daß Dr. Türkheim, der Vertheidiger der Verurtheilten, das Gesuch um Umwandlung der Gefängnißstrafe in entsprechende Geldstrafe beim Senat gestellt hat. Der Hauptangeklagte Koch hat seine Strafe bereits angetreten.

* * *

Geestemünde. Die Wahlagitation im 19. hannoverschen Wahlkreis ist seitens der Welfen und Sozialdemokraten eröffnet worden. Erstere haben bereits in Lehe eine Versammlung abgehalten und machen nunmehr eine Agitationstour durch das Landgebiet. — Von sozialdemokratischer Seite war am letzten Sonntag Nachmittag eine öffentliche Wählerversammlung nach dem „Colosseum" in Bremerhaven einberufen worden, weil in Lehe und Geestemünde kein Versammlungslokal zu bekommen ist. Genosse Fischer aus Hamburg referirte über die Bedeutung der Reichstags-Wahl im 19. hann. Wahlkreise. Gegner meldeten sich nicht zum Wort und nahm die Versammlung eine Resolution des Inhalts an, für die Wahl des Genossen Schmalfeldt in Stade energisch eintreten zu wollen. — Die Vertrauensmänner der deutschfreisinnigen Partei hatten sich um dieselbe Zeit im „Wintergarten" zu Bremerhaven versammelt, woselbst ihnen der freisinnige Kandidat, Rentier Adloff aus Hamburg, durch den gleichfalls anwesenden Reichstags-Abgeordneten Hinze vorgestellt wurde. Mit der Wahlagitation wollen die Deutschfreisinnigen erst nach Ostern beginnen. Dr. Waltemath soll vollständig abgesägt sein, und steht nunmehr blos noch die Kandidatur Adloff's in Aussicht. Die Nationalliberalen sind immer noch auf der Kandidatensuche. Als Verlegenheitskandidaten soll man einen Landwirth in Aussicht genommen haben, da Bismarck schwerlich in eine Kandidatur willigen wird, um einen Durchfall zu vermeiden.

* * *

In Freiburg i. B. hat am vergangenen Sonnabend unser dortiges Partei-Organ, die „Oberrheinische Volkszeitung", ihr Erscheinen eingestellt. Der Verlag erklärt, die mit der Herausgabe eines Blattes verbundenen Kosten nicht länger tragen zu können.

Theater.

Freitag, den 20. März.

Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Der Sturm.
Lessing-Theater. Der Probepfeil.
Berliner Theater. König Richard II.
Deutsches Theater. Die Kinder der Excellenz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Vogelhändler.
Wallner-Theater. Miß Helyett.
Residenz-Theater. Der selige Toupinel. Vorher: Die Schulreiterin.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Belleallianceſ-Theater. Gavaud, Minard & Co.
Ostend-Theater. Othello.
Thomas-Theater. Der Millionenbauer.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Dienstag, den 31. März:

Abschieds-Vorstellung.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
Heute Abend 7½ Uhr:

Große Vorstellung

Zum Schluß der Vorstellung:
Nur noch einige Male:
Circus unter Wasser.
Auf vielseitiges Verlangen:
Eine ländliche Hochzeit.
Gr. kom. eqn. Pantomime mit Ballet und neuer Ausstattung.
Morgen: Gr. Vorst. **Circus unter Wasser. — Eine ländliche Hochzeit.**

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Grosses Concert
ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor H. Sanftleben
unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor **Travicki** aus Rom.
Neu! Neu!
Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
703 **F. Sodtke.**

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
11—1 Uhr. 5—9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
im Laboratorium.
Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Entree **50 Pf.** Kinder **25 Pf.**

Berl. Bock-Brauerei,

Tempelhofer Berg.
Täglich:
Alt-Berlin auf d. Bock.
Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der
Bock-Saison 1891,
verbunden mit gr. **Militär-Konzert.**
Anfang:
Wochentags **5** Uhr, Sonntags **4** Uhr.
Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.

Stenographie-

Unterricht nach Stolze, Ausbildung bis zur Praxis, ertheile gegen mäßiges Honorar. Anmeldung erbitte schriftlich. **Dukowsky, Stenograph,** Landsbergerstr. 113. 1053 b

---

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14
Die schönsten
Kinder-Kleider
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröcke, Unterröcke, Trikottaillen u. Blousen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14
Geschäftshaus S. Heine.

Arbeiter-Gesang-Vereinen

halte zur Abhaltung von Festen folgende Kompositionen meines Verlags freundlicher Beachtung empfohlen:
Clem. Zahn: „Aufruf". Gedicht v. Herwegh. Part. u. St. 1 M., jede St. 15 Pf.
Clem. Zahn: Drei Lieder: Georg Herwegh: Das freie Wort. Heinr. Heine: Die Erleuchtung. Em. Geibel: Gondolera. Part. u. St. 2 M., jede St. 25 Pf.
La Marseillaise: Deutscher Text von Audorf. Arrangirt von E. Kirsch. Part. u. St. 1 M., jede St. 15 Pf.
Carl Hunger: Tolle Streiche. Großes humoristisches Potpourri.— Part. u. St. 2,60 M., jede St. 40 Pf.
J. Günther. 297L
Dresden, Ziegelstraße 24.
Buch- u. Musikalien-Sortiment.
Spezialität: Arbeiterlieder.

Sophabezüge!

Reste in Rips, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff. **spottbillig.**
Emil Lefèvre, Grantenstr. 158.
Proben franko!

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 139 L.
167. Reichenbergerstr. 167.

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Lacke'schen Markt. [746

Mehlhandlung, 377L
Manteuffelstr. 75. L. Brachvogel,
empfiehlt z. Festzeit:

	1 Pfd.	5 Pfd.	1/16 Ctr.
Wienermehl . .	0,23	1,10	1,35
Kaiserauszug .	0,20	0,90	1,20
Weizenmehl m. Auszug . . .	0,18	0,80	1,00
Sultaninen (vorzüglich) à Pfd.			70 Pfg.
Gr. u. kl. Rosinen . . . à „			40 „
Mandeln, süß u. bitter à „			120 „

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Fabrik. Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Kaufe gegen Kasse

einen Massen-Artikel, wenn Spielsache oder für Hauswirthschaft. Offerten unter Chiffre **R. S. 1903** an das Allgem. Inseraten-Bureau Prag, Graben, Bazar. [1065 b

---

Schlosserei.

Seit 18 Jahren bestehende, flott gehende **größere Schlosserei,** Spezialartikel, mit guter Kundschaft, Umstände halber sofort billig zu verkauf. Auskunft im Eisengeschäft, Brunnenstraße 186.

Welt-Restaurant.

97. Dresdenerstraße **97.**
Täglich Auftreten der
Norddeutschen Sänger,
sowie d. **Concert-Sängerin** Frl. **Elise König** u. **Geschw. Waldmann.** [5M
Auftr. des Humoristen **Hrn. Runkel.**

Fachverein der Bürsten- und Pinselmacher Berlins und Umgegend.

Sonntag, d. 22. März, Vorm. 10½ Uhr,

Versammlung

im Lokale **Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75
Tagesordnung:
1. Vorlesung über „Wissen ist Macht, Macht ist Wissen". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
(E. H. 29 u. 89 Hamburg) Berlin VI.
Sonntag, d. 22. März 1891, Vorm. 10½ Uhr, Gartenstr. 123 b. **Krüger:**

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Wahl der Delegirten zur General-Versammlung. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen und weiteste Verbreitung dieser Bekanntmachung ersucht **Die Ortsverwaltung.**
1032b] J. A.: **E. Schwittau.**

Bürstenmacher!

Unterstützungs-Verein der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands
(Filiale Berlin).
Sonntag, d. 22. d. M., Vorm. 10½ Uhr,
Bergstr. 12: [120/5

Ausserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Entrichtung der Beiträge u. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Der von Nürnberg aus angeregte Kongreß ev. Wahl eines Delegirten zur Beschickung desselben. Ref.: Koll. Daun. 3. Arbeits-Nachweis und Lokal-Kasse. 4. Verschiedenes. **Der Bevollmächtigte.**

Verein d. Einsetzer

(Tischler).
Sonntag, den 22. März d. J., Neue Friedrichstraße Nr. 44:

Außerord. Generalversammlung

T.-O.: Vorlage des neuen Vergnügungs-Komitees. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. 145/6

Versammlung

d. Vereins d. Bau-Anschläger
(Berlin West) 1064b
am **Sonntag,** den 22. d. M., Vorm. 11 Uhr, bei **Zemter,** Münzstraße 11.
Kollegen als Gäste haben Zutritt.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse d. Metallarbeit.
(E. H. 29), Filiale Berlin 1.

Mitgliederversammlung

am **Sonnabend,** den 21. März, Abends 8½ Uhr, im Saale des Herrn **Preuss,** Belle-Alliancestr. 87. Tagesordnung: Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. Das Mitgliedsbuch legitimirt. Für die Mitglieder der Kasse „Vulkan" Nr. 89 findet zu dem gleichen Zweck am Montag, den 23. März, Ab. 8½ Uhr, Lichterfelderstr. 8 bei Winter eine Versammlung statt.
1057 b **F. Bötticher.**

Rohrlegergehilfen

Versammlung

am **Sonntag,** den 22. März, Vorm. 11 Uhr, **Alte Jakobstraße Nr. 75.**
Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Diskussion. 256/6
3. Wahl eines Kommissionsmitgliedes.
4. Aufnahme neuer Mitglieder.
5. Verschiedenes und Fragen.
Der Vorstand.

Cigarrengeschäft Fr. Wiese, **Kottbuserplatz,** Ecke Skalitzerstraße 15, vollständig sortirt, wird Qualitätsrauchern bestens empfohlen. 1046

Verbreiter f. d. „Südd. Postillon" sucht bei hohem Verdienst 383 L
R. Kohlhardt, Mariannenstr. 34.

Wer leiht einem Genossen zum Kauf eines Geschäfts 1000 Mk. gegen Verzinsung und Sicherstellung d. Geldes auf mehrere Monate. Adresse erbeten unter Chiffre **A. B.** postlagernd Görlitzer Bahnhof. 1061 b

---

Rechts-Bureau des Königl. Preuß. Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 102, II. Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23,** H.p.

Kautsch.-Stempel, Monogr. u. Sign.-Schablonen, Inschriften. 88
H. Guttmann, Brunnenstr. 9.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Verlag d. „Vorwärts" Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuth-Straße 3.

Die nachstehenden

Schriften zur Partei-Geschichte

halten wir den Parteigenossen bestens empfohlen. Da Einzelnes nur in geringer Zahl noch vorhanden, bitten wir Bestellungen thunlichst zu beschleunigen.

Amtsmißbrauch der Gerichte und Polizei bei Wahlen . . . . . —,40
Arbeiterinnen-Bewegung Berlins. Die 20jährige und ihr Ergebniß . . . —,30
Bebel, A., Petition an den deutschen Reichstag, d. Ausweisungen aus dem Königreich Sachsen betreffend . —,10
— Die parlamentar. Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage von 1874 bis 1878. 2. Aufl. . . . —,25
— Die Thätigkeit des deutschen Reichstages von 1887—1889 —,50
Becker, P., Zur Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdin. Lassalle's . . . . . 3,—
Berathung d. Rechenschafts-Berichts betr. den kleinen Belagerungszustand . . . —,10
Bracke, W., Der Braunschweiger Ausschuß der soz.-demokr. Arbeiterpartei in Lötzen und vor dem Gericht 2,—
Brandes, G., Ferd. Lassalle. Ein literar. Charakterbild 3,20
Fritzsche-Hasselmann. Die Angelegenheit Fritzsche-Hasselmann vor dem deutschen Reichstage . . . . —,15
Hepner, A., Meine 3½ jähr. Leipziger Polizeikampagne . —,40
Hochverrathsprozeß, Der Leipziger, gegen Bebel, Liebknecht und Hepner . . 3,—
Kokosky, H., Ein Komplott gegen die Internationale Arbeiter-Assoziation . . . —,40
Lassalle, F., Assisenrede vor den Geschworenen z. Düsseldorf am 3. Mai 1849 . . —,25
— Rede vor der Appellkammer zu Düsseldorf am 27. Juni 1864 . . . . . —,10
Liebknecht, W., Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstage 1878. Mit Nachwort . . . . . —,20
— Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstage 1880 . . . . . —,10
Marx, K., Enthüllungen üb. den Kommunistenprozeß zu Köln . . . . . —,25
— vor d. Kölner Geschworenen —,15
Minister Graf v. Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie . . . . —,20
Nichtgentlemen, Der erste auf dem Zeugenstande . . —,20
Polizeizustände, Münchner. Ein Beitrag zur Naturgesch. des Sozialistengesetzes . . —,15
Preßstimmen über das Freiburger Urtheil . . . . . —,40
Protokoll d. Wyd. Kongr. 1880 —,20
— d. Kopenhagener „ 1883 —,20
— d. St. Gallener „ 1887 —,25
— d. Int. Arb.-Kongr. z. Paris —,25
— d. Kongr. zu Halle 1890 —,50
Rechenschaftsbericht der sozialdemokrat. Mitglieder des deutschen Reichstages . —,10
Sozialdemokratie, Herr Tessendorf und die deutsche. Sozialistenprozeß zu Berlin am 16. u. 18. März 1875 . — 25
— Die, u. der deutsche Reichstag, Materialien zum Gebrauch f. sozialdem. Wähler —,15
— Die, vor d. deutsch. Reichstage 1880. 5 Hefte . . . 1,60
— Die, vor d. deutsch. Reichstage am 31. Januar 1885 —,20
— Die, vor d. deutsch. Reichstage am 18. und 19. Febr., 30. u. 31. März u. 2. April 1886. 5 Hefte 1,80
— Die, vor d. deutsch. Reichstage am 27., 28. u. 30. Jan. 1888. 3 Hefte 1,20
Verhandlungen über den Antrag Liebknecht und Gen., betr. die Aufhebung sämmtlicher im deutschen Reiche existirend. Ausnahmegesetze. Reichstags-Sitzung vom 11. Januar 1883 . . . . —,20
Wahlen z. deutsch. Reichstage, Vergleichende statist. Uebersicht der — von 1887 bis 1890, nebst Uebersicht der abgegebenen soz.-dem. Stimmen von 1871—1890 —,20

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt

Berlin **SW.,** Beuthstraße 3.

Nachstehende Schriften zur Religion und Philosophie halten wir dauernd auf Lager und sind dieselben zu den beibemerkten Preisen von uns zu beziehen.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt!

Bebel, A., Glossen zu Yves Guyot's und Sigm. Lacroix's: „Die wahre Gestalt des Christenthums" . . . . . 0,15 M.
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik . . 0,10 „
Dietzgen, Jos., Streifzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnißtheorie . . . . . 0,25 „
Dodel-Port, Moses oder Darwin? 3. Aufl. . . . . 1,— „
Douai, A., ABC des Wissens für die Denkenden. 4. Aufl. 0,15 „
— Antwort an die Bekenner des Theismus . . . . . 0,10 „
Dühring, E., Kritische Geschichte der Philosophie. 2. Aufl. 9,— „
— Der Werth des Lebens. 2. Aufl. . . . . 6,— „
Engels, Fr., Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie . . . . . 0,50 „
Guyot u. **Lacroix,** Die wahre Gestalt des Christenthums. 2. Aufl. . . . . 0,30 „
Heigl, F., Spaziergänge eines Atheisten. 5. Aufl. . . . 0,60 „
Jacoby, Leop., Die Idee der Entwicklung. 2. Aufl. 2 Bde. 3,20 „
Krasser, Fr., Marseillaise d. Christenthums. (100 Ex. 2 M.) 0,05 „
Lassalle, Ferd., Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes . . . . . 0,10 „
Lommel, G., Jesus von Nazareth. 12. Aufl. . . . . 0,30 „
— Johannes Huß. 7. Aufl. . . . . 0,25 „
Marx, Karl, Das Elend der Philosophie . . . . . 3,50 „
Stern, J., Die Philosophie Spinoza's. brosch. 1 M., geb. 1,50 „
— Die Religion der Zukunft. 3. Aufl. . . . . 0,50 „
— Halbes und ganzes Freidenkerthum. 2. Aufl. . . . . 0,15 „

Eisen- und Stahlwaaren.

Werkzeuge für Schlosser, Töpfer u. Holzarbeiter.
Haus- u. Küchen-Geräthe.

E. Vogtherr, Berlin

Erstes Geschäft: C. Landsberger-Strasse No. 64.
Zweites Geschäft: NW. Stephan-Strasse No. 27a.
380 L (Fernsprech-Verbindungen.)
Freie Zusendung. — nach außerhalb halbe Fracht oder Porto-Vergütung.

Echte Rathenower Brillen

und **Pince-nez** nur mit prima Kristall-Gläsern von **1,50 Mark** an.
Rudolf Reinhardt,
Linden-Straße Nr. 94, neben der Markthalle.
Sonntags geschlossen.

Freie Aussicht. Wohnungen v. 2—3 St. mit o. ohne Bad, Balkon, Erker, zum 1. April zu verm. Friedenstr. 55, Eckhaus.

Ein wenig gebr. Kinderwagen z. kf. b. **Dröhmer,** Neue Jakobstr. 10, H. II.

E. Sofa verk. billig **Adalbertstr. 21**

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Badisch** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 67. Freitag, den 20. März 1891. 8. Jahrg.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 19. März.

Der Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryck, eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahl einiger Mitglieder in ständige Ausschüsse und Deputationen vollzogen.

Die Etatsberathung wird fortgesetzt.

Bei dem Normal-Besoldungsetat tadelt Stadtv. Friedemann, daß für die höheren Töchterschulen nur 92 000 M. und für die höheren Knabenschulen 2½ Millionen Mark ausgegeben werden. Dieses Mißverhältniß müsse allmälig beseitigt werden.

Stadt-Schulrath Fürstenau erwidert, daß Lehrerinnen billiger seien als Lehrer, und das Lehrziel der höheren Mädchenschulen etwa der Tertia des Gymnasiums entspreche. Auch deshalb stelle sich der Unterricht billiger.

Stadtv. Stadthagen bringt die Petition hiesiger Gemeindeschullehrer zur Sprache. Sie wünschen zunächst eine Erhöhung des Minimalgehaltes, das gegenwärtig 1600 M. beträgt, während 8 andere deutsche Städte, wie Hamburg, München, Karlsruhe 2c. einen höheren Satz gewähren. Wichtiger noch ist die zweite Forderung, daß die Stellenzulagen nicht in unbestimmter Weise, sondern wirklich nach dem Alter gewährt werden. So war es bis 1871. Damals wurde aus finanziellen Rücksichten der jetzige Modus eingeführt. Bei anderen Beamtenkategorien sind diese finanziellen Rücksichten aber nicht maßgebend gewesen. Vermuthlich sind noch andere Rücksichten im Spiele. Man will die Lehrer abhängig haben. Redner zitirt eine Stelle aus einer Stelle des Stadt-Schulraths Bertram, welcher die „absolute Unabhängigkeit der Lehrer“ als nicht empfehlenswerth bezeichnet. Deshalb sei ihnen der Brotkorb höher gehängt worden. Ein solcher Zustand sei aber unsittlich, wie auch E. Richter im Abgeordnetenhause hervorgehoben habe. Redner hofft, daß der Magistrat bei der Aufstellung des nächsten Etats auf diese Wünsche Rücksicht nehmen und an Stelle der Zulagen nach Willkür bestimmte Alterszulagen treten lassen werde.

Stadtv. Hermes: Der Vorredner mag sich beruhigen. Die Schuldeputation hat sich bereits einstimmig dem Grundsatz der Alterszulagen angeschlossen.

Stadtv. Spinola: Auch die Normaletats-Deputation ist dem Grundsatz beigetreten und wünscht ihn für alle städtischen Beamten in Aussicht genommen.

Stadtschulrath Bertram bestreitet, daß unter Berücksichtigung aller Umstände das Berliner Minimalgehalt geringer wäre, als das in den übrigen Städten. Unabhängiger würden die Lehrer übrigens auch nicht sein, selbst wenn die Alterszulagen eingeführt werden.

Stadtv. Stadthagen begrüßt die Uebereinstimmung aller Parteien in dieser Frage mit Freuden. Es sei kaum auf sie zu hoffen gewesen, nachdem im vorigen Jahr ein Antrag der Sozialdemokraten bei der Frage der Oberlehrer-Gehalte, der auf dieser Grundlage stand, abgelehnt worden sei.

Der Normal-Besoldungsetat wird genehmigt.

Der Etat der Unterrichts-Verwaltung giebt in seinem ersten Theile nur zu nebensächlichen Debatten Anlaß und wird im Uebrigen nach den Vorschlägen des Ausschusses in Einnahme und Ausgabe genehmigt.

Bei dem Etat der Gemeindeschulen beantragt

Stadtv. Stadthagen, den Magistrat aufzufordern, die Verfügung aufzuheben, wonach den Lehrern verboten ist, von Mißständen, die ihnen im Schulwesen auffallen, dritten Personen wie Stadtverordneten Mittheilung zu machen. Der Antrag ist hervorgegangen aus der Antwort, welche Stadtschulrath Bertram gelegentlich der Berathung des sozialdemokratischen Antrages auf Untersuchung der sanitären Verhältnisse der Gemeindeschule gab, den Lehrern sei untersagt, „aus der Schule zu plaudern“. Dadurch wird den Stadtverordneten die Möglichkeit, sich von den Zuständen des Gemeindeschulwesens zu unterrichten, genommen.

Stadt-Schulrath Bertram erwidert, daß nach einer Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums Auskunft über das Schulwesen auf Anfrage von Nicht-Vorgesetzten nicht ertheilt werden darf. Die Befürchtungen des Stadtv. Stadthagen träfen nur dann zu, wenn es richtig wäre, daß die Vorgesetzten schlechter berichteten als die Untergebenen. Es wäre für jede Verwaltung ein unhaltbarer Zustand, wenn es den Untergebenen gestattet wäre, hinter dem Rücken der Vorgesetzten Klagen zu erheben. (Beifall.)

Stadtv. Stadthagen: Diese Grundsätze schränken unser Selbstverwaltungsrecht ein. (Gelächter.) Es ist die Pflicht einer freidenkenden Versammlung, die Unabhängigkeit der Lehrer sicher zu stellen, daß sie sich mit ihren Beschwerden direkt an uns wenden können.

Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt wird der Antrag Stadthagen, bei der Position „Unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln“ das Wort „bedürftig“ zu streichen.

Der Etat der Gemeindeschulen wird genehmigt.

Bei dem Etat: Gewerbliches Unterrichtswesen beantragt

Stadtv. Zubeil bei der Fachschule der Buchbinder auch den Lehrlingen von Nicht-Innungsmeistern unentgeltlichen Zutritt zu gewähren. Gehilfen sollen 9 M. halbjährlich zahlen und zugelassen werden, soweit Platz vorhanden ist. Der Antragsteller hebt hervor, daß die Stadt vier Mal so viel als die Innung für die Erhaltung der Fachschule zahlt und daß es falsch sei, Lehrlinge mit dem Schulgeld dafür zu bestrafen, daß sie nicht bei Innungsmeistern sind.

Stadt-Schulrath Bertram stellt in Aussicht, daß der Magistrat mit der Innung in Verhandlung wegen Umgestaltung des Regulativs treten werde. Beim vorliegenden Etat sei nichts zu machen.

Der Antrag Zubeil wird abgelehnt und der Etat im Uebrigen genehmigt.

Beim Etat der Park- und Gartenverwaltung wird die Frage der Umgestaltung der „Linden“, deren Vernachlässigung beklagt wird: die Bänke seien von „Gesindel“ besetzt — berührt.

Stadtrath Friedel theilt mit, daß die Umgestaltung ca. 400 000 M. kosten werde.

Ein Antrag Hermes, der den Magistrat zur Vorlegung von Plänen auffordert, wird angenommen und der Etat im Uebrigen genehmigt.

Der Etat des Straßen- und Brückenbaus wird genehmigt.

Der Etat der Waisenverwaltung wird unverändert angenommen; desgleichen der Etat der Verwaltungskosten und der Polizeiverwaltung.

Die Etats der Wasserwerke, der Markthallen, der Hauptkasse und der Vorspannverwaltung werden ohne Debatte genehmigt.

Bei dem Etat der Miethssteuer nimmt das Wort

Stadtv. Singer: Er wolle keine bestimmten Vorschläge für die Reform der Miethssteuer machen, da die sozialdemokratischen Anträge in dieser Versammlung keine Aussicht auf Annahme hätten. Ohne den prinzipiellen Standpunkt von früher aufzugeben, wolle er dem Vorschlage des Magistrats und des Ausschusses zustimmen. Den Arbeitern mit großer Familie müsse die Gelegenheit leichter gemacht werden, sich genügende Wohnräume miethen zu können, daran hindere die Miethssteuer erheblich. Er sei für gänzliche Abschaffung der Miethssteuer, wenn er auch zugebe, daß dieselbe eine Haupteinnahme des Stadtsäckels bilde. Ueber die Miethssteuer sei in der Stadtverordneten-Versammlung, der Presse und in Versammlungen außerhalb des Hauses eingehend diskutirt worden und darüber seien alle einig, daß die Miethssteuer ungerecht sei, den Charakter einer Kopfsteuer trage und die kleinen Leute am härtesten treffe. Durch die vorliegende Skala werde, wie er anerkennen müsse, eine Erleichterung geschaffen, er, Redner, hätte die Steuerfreiheit gern auf die Wohnungen bis auf 300 M. ausgedehnt gesehen. Er bitte aber den Magistrat, der Frage der Trennung der gewerblichen Räume und Geschäftslokalitäten von den Wohnräumen mehr als bisher näher zu treten. Redner empfiehlt eindringlich eine geringere Besteuerung der geschäftlichen und gewerblichen Räume, da innerhalb der Bürgerschaft nur eine Meinung darüber herrsche (Widerspruch und Lachen), und fährt dann fort: Nun, meine Herren, daß Sie anderer Ansicht sind, wundert mich, gehen Sie nur einmal in Ihre eigenen Bezirksvereine. Ich würde es mit Freuden begrüßen, bekämen wir heute schon eine etwas hoffnungsvolle Antwort vom Magistrat zu hören. Wir werden diese Forderung nicht aufgeben, denn wir wissen, daß die übergroße Majorität der Bevölkerung hinter uns steht. (Beifall und Widerspruch.)

Stadtv. Baillieu (Bürgerpartei) vertheidigt die Skala der Miethssteuer, wie sie vorliegt. Es waren nur 2 Millionen Mark zur Verminderung der Miethssteuer zu verwenden. Die Skala vermeide alle schroffen Uebergänge. Auf etwas Weiteres müsse für den Augenblick verzichtet werden.

Stadtrath Weise: Der Magistrat kann die Ansichten des Stadtverordneten Singer über die Werthlosigkeit der Miethssteuer nicht theilen. Bisher sind alle Anträge auf geringere Besteuerung gewerblicher Lokale abgelehnt worden. Eine Trennung von Wohnung und gewerblichem Raum sei praktisch undurchführbar. Je größer die Stadt, je größer der Arbeitsmarkt, desto größer auch der Wohnungswechsel. Die unbesoldeten Beamten können nicht mehr in Anspruch genommen werden, als sie es jetzt schon sind. Auch ist der gegenwärtige Zeitpunkt — Steuerreform in Preußen — schlecht gewählt zu solchen Experimenten.

Stadtv. Singer: Es ist sehr bedauerlich, daß der Magistratsvertreter das Thor, durch welches man zu einer weiteren Reform schreiten könnte, mit der Inschrift versehen hat: Laßt alle Hoffnung draußen! Verwaltungsschwierigkeiten sollen entgegenstehen. Sie haben bisher den Magistrat noch nicht gehindert zu thun, was nothwendig war. Sollte es an unbesoldeten Verwaltungsbeamten fehlen, so weiß ich ein einfaches Mittel, um diesen Mangel zu beseitigen; man sollte die Qualifikation dazu nur nicht von der Zugehörigkeit zur freisinnigen Partei abhängig machen. (Unruhe.) Die Schwierigkeiten, die der Stadtrath Weise an die Wand gemalt hat, schrecken uns nicht zurück. Wo ein Wille ist, wird auch ein Weg sein.

Der Etat der Miethssteuer wird genehmigt.

Angenommen werden die Etats der Haussteuer, Hundesteuer, des Braumalz-Steuerzuschlags, der Wanderlagersteuer, der Kapital- und Schuldenverwaltung und des Kapitels XIII.: Verschiedene Einnahmen und Ausgaben.

Die Gemeinde-Einkommensteuer wird hierauf für 1891/92 auf 100 pCt. festgesetzt und beschlossen die unterste Stufe (420—600 M.) nicht in Erhebung zu bringen.

Hiermit ist der gesammte Stadthaushalts-Etat für 1891/92 in Einnahmen und Ausgaben auf 76 199 413 M. festgesetzt.

Der Verkauf der städtischen Grundstücksparzelle Kommunikation am Neuen Thor 10 wird auf Vorschlag des Ausschusses abgelehnt.

Die Vorlage, betreffend die Erwerbung des Rechtes auf Benutzung einer zum Ausbau der Dammmühlen-Gebäude erforderlichen Spreefläche (Ueberbrückung der zwischen den beiden Mühlen befindlichen Spreefläche zur Herstellung eines Hofes) gegen Zahlung von 50 000 M. an den Fiskus, hat einem Ausschusse vorgelegen, welcher beantragt, die 50 000 M. vorläufig abzulehnen und zu versuchen, ob mit dem Fiskus nicht neue Vereinbarungen möglich sind. Der Ausschuß war in seiner Majorität der Ansicht, daß die Dammmühlen nicht auszubauen, sondern niederzureißen seien, aus ästhetischen Gründen und im Interesse der Schifffahrt, obwohl die Versammlung bisher entgegengesetzt beschlossen hat.

Stadtv. Wohlgemuth erklärt sich gegen die Niederreißung der Gebäude und warnt vor allen Haußmanniaden. Man würde zirka 2 Millionen ins Wasser werfen; dabei sind die Kosten für die Beseitigung der außerordentlich starken Fundamente noch nicht in Rechnung gesetzt.

Baurath Hobrecht beklagt den Beschluß des Ausschusses, der alle Pläne über den Haufen wirft. Außerdem seien in dem Antrage des Ausschusses nur recht vage Andeutungen gegeben, in welcher Weise die neuen Verhandlungen mit dem Fiskus angebahnt werden sollen. Dagegen spreche vor allem der Umstand, daß bereits Expropriationen auf Grund einer königl. Kabinetsordre erfolgt seien. Wie würde die Stadt den Exproprianten gegenüber dastehen, wenn diese sich sagen müßten, ihr Eigenthum sei ihnen infolge eines übereilten Beschlusses genommen worden. Er habe die Stimmen in der Presse verfolgt, und habe immer und immer wieder als Grund gegen den Stadtbeschluß die schöne Aussicht auf die obere Spree, welche sich nach Abbruch der Dammmühlen bieten würde, ins Feld geführt gesehen. Nun, von der Spree würde man wenig sehen, sie hat hier einen Winkel von 132 Grad und biegt nach links ab. Redner bespricht den Artikel des Baurraths Heyden, und er erklärt, daß er mit den Phantasiegebilden desselben nicht zu Stande gekommen sei. Er bittet, es beim Antrage des Magistrats zu belassen und Berlin so stehen zu lassen, wie es steht. (Lebhafter Beifall.)

Stadtrath Blankenstein schließt sich den Ausführungen seines Kollegen Hobrecht an.

Stadtv. Talke vertheidigt den Standpunkt des Ausschusses, für den hier kein Verständniß vorhanden sei. (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtv. Cassel tritt den Ausführungen der Stadtbaurräthe bei.

Die Debatte wird geschlossen, und der Antrag des Ausschusses — in dem die Niederreißung der Dammmühlen lag — in namentlicher Abstimmung mit 79 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Dafür: Frentzel, Friedemann, Jakobi, Jordan, Kyllmann, Pretzel, Sachs II, Selle, Solm, Talke, Ziethen.

Die 50 000 M. werden bewilligt.

Hierauf vertagt sich die Versammlung.

Schluß 10 Uhr.

Lokales.

Der Arbeiter-Sängerbund, welchem insgesammt 84 Männer-Gesangverein angehören, hatte Mittwoch Abend, am Tage der Märzkämpfe in Berlin und in Paris, einen allgemeinen Lieder-Abend in dem großen Saale der Brauerei Friedrichshain wenige Schritte von der Ruhestätte der Märzgefallenen entfernt, an der einige Stunden vorher die großartigste Volkskundgebung stattgehabt hatte, veranstaltet. Der prächtige Saal war durch rothe Banner mit Inschriften wie: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, „Mann der Arbeit aufgewacht“, „Wissen ist Macht“ u. s. w. der Würde des Tages entsprechend ausgeschmückt. Auf dem Geländer des Orchesters stand eine große lorbeerumkränzte Büste Lassalles. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, es waren den ausgegebenen Billets zufolge 3500 Personen anwesend unter ihnen waren jedoch 1340 Sänger. Aus dieser ungeheuren Zahl der Sänger kann man sich leicht einen Begriff machen, welche Wirkung der geschulte Gesang aus so vielen Kehlen auf die Zuhörer ausüben mußte. Und in der That, die Leistungen waren großartig! Der gesammte Sängerbund hat bisher erst drei Lieder gemeinsam eingeübt: „Ein Sohn des Volkes“, „Mutterherz“ und die Audorf'sche „Arbeiter-Marseillaise“. Namentlich Letztere rief einen ungeheuren, stürmischen Beifall hervor, der nicht eher endete, als bis die Sänger nochmals das Lied „Mutterherz“ wiederholten. Der reiche Beifall, welcher den Sängern bei all' ihren Vorträgen gespendet wurde, war kein unverdienter; der Eindruck des meisterhaften, geschulten Gesanges war ein geradezu überwältigender zu nennen. Großen Anklang fand auch ein von den Vereinen „Gemüthlichkeit“ und „Dorfglöcklein“ (Wilmersdorf) vorgetragenes Lied: „Hoch, Ferdinand Lassalle.“ Großartig gelungen waren ferner die Vorträge der Vereine: „Flöter'scher Gesangverein“, „Kummer'scher Gesangverein“, „Morgenroth“ (Rummelsburg), „Lyrania“ und „Senefelder“, welche gemeinsam „Sehnsucht nach der Jugendzeit“ sangen, und der fünf Vereine: „Esmeralda“, „Frühlingsluft“, „Hilaritas“, „Hand in Hand“ und „Vorwärts“, welche „Weihegesang“ von Abt vortrugen. Beide Male ruhte der Beifall nicht eher, bis die Sänger sich dazu verstanden, die Lieder nochmals zu wiederholen. In der Mitte des Programms stand eine Festrede, welche der Herr Stadtv. Vogtherr übernommen hatte, der sich unter lebhafter Zustimmung in geschickter Weise seiner Aufgabe entledigte, indem er namentlich auf die Bedeutung des 18. März für das arbeitende Volk hinwies. Die Pausen zwischen den einzelnen Piècen wurden von dem Musikverein „Firmitas“, welcher ebenfalls dem Sängerbund angeschlossen ist, durch meisterhafte Instrumentalmusik ausgefüllt.

Kurz gesagt, ein Jeder der Anwesenden ging wohl mit dem erhebenden Gefühl nach Hause, einen wahren Kunstgenuß gehabt zu haben.

Um so höher sind aber die Leistungen des Sängerbundes anzuschlagen, als derselbe von einfachen Arbeitern gebildet wird, welche neben ihrer schweren täglichen Arbeit und ihren Sorgen um's tägliche Brot sich noch einen Sinn für Kunst bewahrt haben und sich von ihrer nothwendigen Ruhe einige Stunden zur Ausübung derselben abdarben.

Von der Berliner Stadtmission haben gewiß schon Viele gehört, doch nur Wenige von derselben etwas verspürt. Einen kleinen Einblick in das Walten der Berliner Stadtmission gestattet der Bericht des Herrn Stöcker, welchen derselbe gelegentlich des in der Garnisonkirche — etwas Militärisches muß schon überall dabei sein — abgehaltenen Jahresfestes erstattete. Aus demselben ist zu ersehen, daß die Bibelstunden wöchentlich 2500 Leute sammeln. Auf Berlin vertheilt, erscheint diese Zahl gewiß verschwindend klein, ganz abgesehen davon, daß ein großer Theil dieser „Leute“ zuversichtlich ständige Gäste der Bibelstunden sind, mithin unberechtigter Weise immer wieder als neu mitgezählt werden. Dieser „Erfolg“ der Bibelstunden steht augenscheinlich in innigem Zusammenhange mit der Wahrnehmung, welche die 34 Stadtmissionare bei ihren „Besuchen“ gemacht haben, nämlich, daß eine „Verschärfung des Hasses gegen die Kirche“ eingetreten ist. Die Sonntagsschulen sammeln 15 000 Kinder. Diese Zahl erscheint an sich groß und bedenklicher Natur, jedoch gilt auch hier, was bezüglich der Bibelstunden angeführt ist. Wenn man nun weiter hört, daß die Frauenvereine nur 271, die Männervereine nur 371 Mitglieder zählen, trotz der 195 Bläser zählenden Posaunenchöre und der 294 Sänger und Sängerinnen (wohl einschließlich der „Kurrende“) zählenden Gesangchöre, so kann man wohl auch von der Berliner Stadtmission sagen: „Viel Geschrei und wenig Wolle!“ Natürlicherweise wird auch das vielgepriesene „Sparen“ von der Stadtmission geübt. Aus dem Berichte ist zu ersehen, daß von 6020 Kindern der Sonntagsschulen in 55 000 Raten 42 000 M. in die Sparkasse gelegt und 35 000 M. wieder erhoben worden sind. Diese Zahlen sprechen für sich selbst! Die 34 Stadtmissionare wollen bei ihren „Besuchen“ auch ein „Sinken der Sittlichkeit“ wahrgenommen haben. Zur Illustration wird angeführt, daß bei einem einzigen Stadtmissionar 56 gerichtlich bestrafte Schüler zur Anzeige gelangt und 845 Prostituirte, darunter 53 Mädchen im Alter von 13 bis 15 Jahren. So tief bedauerlich auch diese Thatsachen an sich sind, so sind sie doch durchaus nicht die Folgen des „Sinkens der Sittlichkeit“, vom satten Moralstandpunkte der Stadtmission aus betrachtet, sondern die Konsequenzen der heutigen Wirthschaftsform, welche die arbeitenden Klassen, ja schon die Jugend, dem Verbrechen und der Schande in die Arme treibt. Hieran wird auch die Berliner Stadtmission nichts ändern oder „bessern“! Schade um das schöne Geld, das da verschwendet wird. Hat doch der Evangelisch-kirchliche Hilfsverein allein 45 000 M. beigesteuert!

Zur Behandlung der Tuberkulose. Bei der Wichtigkeit des Umstandes, daß möglicherweise durch die Koch'sche Behandlung eine Miliartuberkulose hervorgerufen wird, welche dadurch entsteht, daß Tuberkelbazillen durch den Blutstrom verschwemmt werden, war es von dem größten Interesse, zu bestimmen, ob Herrn Liebmann's bekannte Beobachtung von Tuberkelbazillen im Blute nach Tuberkulin-Injektionen zu Recht besteht oder nicht. Die vielfachen Zweifel, denen die genannte Entdeckung begegnete, der negative Ausfall der Kontrollversuche, hatten Herrn Liebmann veranlaßt, Präparate nach Berlin zu senden, deren Beweiskraft indeß angezweifelt worden ist. Infolge dessen hat Herr Liebmann sich aufs Neue veranlaßt gesehen, eines seiner Blutpräparate an Herrn Virchow zur Begutachtung zu senden, die gestern in der Sitzung der Medizinischen Gesellschaft von Herrn Oskar Israel in Vertretung des Herrn Virchow verlesen wurde. Es handelt sich danach, wie der „Börsen-Kourier“ berichtet, um ein Präparat, dessen Bestandtheile thatsächlich für Blut charakteristisch sind und das in ziemlicher Menge Tuberkelbazillen enthält. Herr Kossel betonte dagegen noch einmal den negativen Befund seiner und anderer Kontrollversuche. — Hierauf machte Herr P. Guttmann Mittheilungen über die Erfahrungen, welche er mit dem Liebreich'schen Mittel in Bezug auf die gefürchteten Störungen der Nieren gemacht hat. Bei neun Fällen, von denen zwei wegen zu kurzer Behandlungsweise nicht

Arbeiter Berlins! Gedenkt der ausgesperrten deutschen Arbeiter!

in Betracht kommen, hat Herr Guttmann drei Mal schwere Störungen seitens der Nieren beobachtet, die sich bis zu einer echten Entzündung derselben mit allen ihren charakterischen Erscheinungen in einem Falle gesteigert haben. Infolge dessen sieht sich der Herr Vortragende veranlaßt, zur äußersten Vorsicht zu mahnen, bemerkt indeß, daß bei einem der behandelten Kranken, der bald infolge einer sehr ausgebildeten Lungenphthise gestorben sei, sich bei der Sektion trotz der im Leben vorhandenen Beschwerden eine Entzündung der Nieren nicht hat nachweisen lassen. Herr Lublinski hat unter 23 Fällen, welche er bis jetzt der Behandlung mit dem kantharidinsauren Kali unterwarf, Nebenwirkungen irgendwie bedeutender Art nicht feststellen können. Freilich trat in einem oder dem anderen Falle irgend eine Beschwerde auf, deutliche Nierenentzündungs-Erscheinungen waren aber nur einmal festzustellen, wo es sich um eine Person handelte, welche bereits einmal eine Scharlachsnephritis durchgemacht hatte, und bei der anzunehmen war, daß die Niere, obzwar gesund, sich doch in einem Zustande von Schwäche befunden hat. Den einen ungünstigen Fall des Herrn Guttmann glaubt Herr Lublinski gleichfalls auf den schlechten Allgemeinzustand des Patienten zurückführen zu müssen, wie derselbe ja auch bald infolge dessen zu Grunde gegangen ist. Was nun die Heilwirkungen des kantharidinsauren Kalis bei der Tuberkulose des Kehlkopfs anlangt, so ist der schon früher mitgetheilte Fall des Herrn Lublinski, bei dem tuberkulöse Geschwüre am Stimmband heilten, auch weiter als geheilt zu betrachten, ein anderer, dessen Heilung in Aussicht gestellt wurde, hat dieselbe inzwischen erreicht. Von den schwereren Fällen ist keiner wesentlich verändert, nur ist so viel zu sagen, daß sich der schmierige Belag der Geschwüre inzwischen insofern verändert hat, daß er etwas schleimiger geworden ist.

Die Betriebsstelle für das Koch'sche Tuberkulin hat jetzt die Bedingungen festgesetzt, unter denen die Apotheken das Mittel beziehen. Der „Apotheker-Zeitung" zufolge berechnet Dr. Libbertz, wenn Nachnahme und der Bezug in einzelnen Fläschchen gewünscht wird: Für 1 ccm 6 M., 2 ccm 11,20, 3 ccm 16,40, 4 ccm 21,60, 5 ccm 26,80 M. Es würde bei diesen Preisen für den Apotheker nach der vom Minister festgesetzten Taxe (1 ccm 6 M.) kein Verdienst übrig blieben, wenn er nicht berechtigt wäre, bei der Abgabe einen Aufschlag für die Verpackung zu erheben. 5 ccm in einer Flasche werden zu dem Preise von 21,35 M. einschließlich Verpackung abgegeben; die Verkaufstaxe beträgt 25 M. Es ist jetzt von dem Tuberkulin eine genügende Menge vorräthig, so daß alle Bestellungen umgehend erledigt werden können. Die Apotheker dürfen das Mittel bekanntlich nur in Originalfläschchen abgeben, wenigstens für den Bereich des preußischen Staats. Das wird aber als Mißstand empfunden, zumal auch in die preußischen Apotheken zahlreiche ärztliche Rezepte gelangen, welche auf Tuberkulin in Form von Verdünnungen lauten. Wie die „Pharm. Ztg." meint, wird den Forderungen des praktischen Lebens gegenüber die Ministerial-Verfügung vom 1. März 1891, mit welcher Herr von Goßler seine Abschiedskarte abgegeben hat, kaum lange Stand halten.

Zu der Probefahrt gegen den neuen Prellbock auf dem Potsdamer Güterbahnhof, über welche wir gestern berichteten, theilt das königliche Eisenbahn-Betriebsamt ergänzend mit: Nachdem im vergangenen Jahre von mehreren höheren Eisenbahn-Technikern der preußischen Staatseisenbahn-Verwaltung bezüglich der in England bereits seit längerer Zeit zum Abschluß der Geleise auf Kopfstationen benutzten Wasserpuffer eingehende Erhebungen angestellt worden waren, ist auf Grund der gemachten Wahrnehmungen in einer hiesigen Maschinenfabrik ein Puffer konstruirt worden, welcher die Vorzüge der verschiedenen englischen Systeme in sich vereinigt. Bei den letzthin vorgenommenen Probefahrten handelte es sich lediglich darum, die spezielle Gestaltung einiger Einzelheiten des nach englischen Vorbildern gebauten Puffers herzustellen. Es wurde zunächst mit 5 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde gegen den Puffer angefahren. Auf der Maschine befanden sich der Lokomotivführer, ein Heizer und der maschinentechnische Oberbeamte des königlichen Eisenbahn-Betriebsamts Berlin-Magdeburg. Diese drei Beamten verließen auch bei allen weiteren Fahrten gegen den Puffer ihren Platz nicht. Eine Prämienzahlung für diese Leistungen fand nicht statt. Nachdem die Maschine einige Male gegen den Puffer gefahren war, wurden mit einem Zuge, bestehend aus einer Maschine und acht Wagen, dieselben Versuche wiederholt. Bei einer dieser letzten Fahrten, welche mit 15 Kilometern Geschwindigkeit ausgeführt wurde, hatten auch mehrere höhere Eisenbahnbeamte den Zug bestiegen. Eine weitere Steigerung der Geschwindigkeit fand nicht statt. Der gute Erfolg der Probefahrten bewies die Brauchbarkeit des neuen Apparates, welcher zum Abschluß der Kopfgeleise auf dem neuen Ring- und Wannsee-Bahnhof auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhof verwendet werden soll.

Die Gegend an der Potsdamer Brücke ist leider eine solche, welche zu den wenig erfreulichsten Berlins gehört. Die Brücke an und für sich, welche noch nach dem alten Aufklappsystem erbaut und demgemäß mit Holzplanken belegt ist, trägt ein wahrhaft schäbiges Aeußere. Der benachbarte dreieckige Platz ist mit allerhand häßlichen Baracken, welche den allerprosaischsten Zwecken dienen, besetzt. Der obligate Sandhaufen, mit welchem jetzt so viele Berliner Plätze „geziert" sind, fehlt auch hier nicht. Um nun die „Verschönerung" noch zu steigern, ist parallel zur Brücke, aber in erheblichem Abstande von derselben, so daß die Geschichte so recht ins Auge fällt, ein schmiedeeiserner Bogenkasten für telegraphische Kabel über den Kanal gelegt worden. Es dürfte angesichts aller dieser „Zierden" denn doch die Frage berechtigt sein, wann endlich der beabsichtigte Neubau der Potsdamer Brücke in Angriff genommen wird. Abgesehen von der ästhetischen Seite, ist ein Neubau um so nothwendiger, als die Brücke zum Durchlaß der Schiffe an gewissen Tageszeiten aufgezogen werden muß, und infolge dessen eine erhebliche Störung des Wagenverkehrs, der gerade dort einer der lebhaftesten Berlins ist, eintritt. Manche andere Brücke ist in den letzten Jahren erbaut worden, welche bei Weitem nicht so nothwendig war als wie gerade der gewünschte Neubau der Potsdamer Brücke. Die Entwürfe zu diesem Neubau sollen angeblich schon fertiggestellt sein, und um so mehr ist wohl der Wunsch gerechtfertigt, daß endlich auch die Ausführung in Angriff genommen werde.

Ganz bedeutende Diebstähle an Patronen sind in der königlichen Schießschule zu Spandau ausgeführt worden. Auf Grund unserer sofort vorgenommenen Recherchen können wir über diesen sensationellen Fall folgende genaue Daten mittheilen: Als am 1. d. M., Morgens gegen 3 Uhr, ein Polizeibeamter die Spandau-Charlottenburger Chaussee entlang ging, fiel ihm ein von Spandau herkommender Mann auf, welcher einen schweren Sack auf seinen Schultern trug. Dem Hüter des Gesetzes erschien die Sache nicht so ganz reinlich und zweifelsohne: er hielt den Träger an und befragte ihn über das Ziel seines Ganges und den Inhalt des Sackes. Dieser erklärte nun unumwunden, daß seine Last zum Theil aus fertigen Patronen, zum Theil auch aus leeren Hülsen bestehe; er habe dieselben von dem zur Schießschule kommandirten Unteroffizier K. erhalten mit dem Auftrage, sie noch in der Nacht zu einem in Berlin, Rückerstraße 7, wohnhaften Herrn Falkenhan zu schaffen und befinde sich auf dem Wege dorthin. Die nun sofort eingeleitete Untersuchung hat bereits ergeben, daß der Unteroffizier viele Tausende von Metallpatronen dem genannten Institut entwendet, dieselben an Falkenhan verkauft und für den Zentner 22 Mk. erhalten hat. Wie lange Zeit hindurch dieses Geschäft betrieben werden konnte, ohne daß es bemerkt wurde, steht noch nicht fest. Dieb und Hehler sind verhaftet worden.

Im Sumpfe erstickt. Am Mittwoch Abend besuchten mehrere Ziegelei-Arbeiter von der Köritz'schen Aktienziegelei zu Karow eine am Langen See belegene Wirthschaft, um einer daselbst stattfindenden Versammlung beizuwohnen. Um ½12 Uhr machten sich die Arbeiter wieder auf den Heimweg und um schneller nach Hause zu kommen, wählten sie den Weg über die sogenannten Gemeindewiesen. Als die Heimkehrenden eine Strecke gegangen waren, hörten sie plötzlich einen Aufschrei und als sie sich umsahen, gewahrten sie zu ihrem Schrecken, daß einer von ihnen, der Ziegelei-Arbeiter Schüttke aus Milow, in einen Morast gerathen war und bis zum Halse darin feststeckte. Alle Versuche, ihn aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien, waren erfolglos, da bei der morastigen Beschaffenheit des Erdbodens Niemand in seine Nähe gelangen konnte. Die Arbeiter entschlossen sich nun, einen sogen. Schiebekrahn von der Ziegelei zu requiriren. Als sie aber nach Verlauf von einer halben Stunde wieder an die Unglücksstelle zurückkehrten, fanden sie ihren Kameraden bereits todt vor. Man zog nun die Leiche mittelst des Krahnes aus dem Morast heraus und brachte dieselbe in eine sogen. Butze (Schlafkabine). Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und zwei unmündige Kinder.

Tod durch Ueberfahren! Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern Nachmittag in der Saarbrückerstraße. Gegen 4 Uhr wollte ein Mann, welcher ein großes Waschfaß auf der Schulter trug, den Straßendamm überschreiten, als gerade von der Prenzlauer Allee her ein Flaschenwagen der Glas-Industrie vormals Siemens heranjagte. Der Passant hatte das Fuhrwerk wohl nicht bemerkt, auch die Warnungsrufe des Wagenführers, welcher sein Gefährt nicht mehr zum Stehen bringen konnte, nicht gehört, im nächsten Augenblick bereits gingen die Räder des Wagens über den Leib des zu Boden Gerissenen hinweg. Der Ueberfahrene, ein etwa 50jähriger Mann in Arbeitskleidung, dessen Name von der Behörde bis jetzt noch nicht hat ermittelt werden können, wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft, verstarb jedoch schon auf dem Transport dorthin infolge der erlittenen schweren inneren Verletzungen. Der Todte ist in der Leichenhalle des Krankenhauses zu rekognosziren.

Einen eigenthümlichen Fang hat ein Schmargendorfer Einwohner gemacht. Eine jedenfalls von einem Falken verfolgte Taube zertrümmerte eine Fensterscheibe und drang in das Zimmer ein. Die Taube ist eine Brieftaube, deren sämmtliche Federn mit Stempeln versehen sind und tragen einige die Namen Nürnberg und Fürth. Sie ist Eigenthum eines bekannten Taubenzüchters in Wald am Rhein und ist dem Herrn auch sofort Mittheilung von der Bergung derselben gemacht. Wunderbarer Weise hat der ungeheure Anprall dem Thierchen nichts geschadet, es ist ganz munter und frißt mit bestem Appetit, nur eine Zehe ist wohl durch das Glas verletzt; doch dürfte der Schade in wenigen Tagen kurirt sein.

Polizeibericht. Ein Arbeiter gerieth am 18. d. M. Morgens beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Bierwagen unter die Räder desselben und erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen, so daß er nach dem Hedwigs-Krankenhause gebracht werden mußte. — Als Vormittags der Kutscher Otto mit einem Arbeitswagen die Lichterfelderstraße hinabfuhr, brach der Spannagel des Wagens, so daß sich der Vordertheil desselben loslöste. Hierbei wurde der Kutscher vom Wagen geschleudert und am Kopfe und an der Hand bedeutend verletzt. Die infolge des Unfalls mit dem Vorderwagen durchgehenden Pferde wurden in der Belleallianceстraße aufgehalten. — Ein unbekannter Mann, in welchem später ein Kaufmann aus Weißensee erkannnt wurde, betrat Nachmittags in höchster Aufregung die Apotheke Charlottenstr. 54 und brach gleich darauf todt zusammen. Derselbe hatte unmittelbar vorher im Nebenhause 53 sich durch Strychnin vergiftet. An der Ecke der Frankfurter Allee und der Möglinerstraße fiel zu derselben Zeit ein Hausdiener beim Abspringen von dem Vorderraum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde und wurde am Kopfe und Hals bedeutend verletzt. An der Ecke der Prenzlauer Allee und Saarbrückerstraße wurde Nachmittags ein Arbeiter von einem Geschäftswagen überfahren und so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain erforderlich wurde, wo er bald darauf verstarb. — In der Spree wurden zu derselben Zeit nahe dem Neuen Packhofe und am Schleswiger Ufer die Leichen einer etwa 30 Jahre alten Frauensperson und eines ebenso alten Mannes angeschwemmt. — Eine Frau gerieth gegen Abend an der Ecke der Alexandrinen- und Ritterstraße unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt außer mehreren Quetschungen anscheinend schwere innere Verletzungen, so daß sie nach der Charitee gebracht werden mußte. — Abends fanden in der Leipzigerstr. 51 und Barnimstr. 37 zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung zum Klassenhaß stand am 18. d. Mts. der Maurer Fritz Schulz, Wendenstr. 4 wohnhaft, vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, die betreffenden Strafthaten in einer öffentlichen Versammlung, die am 14. August in dem Lokale Manteuffelstr. 9 stattfand, begangen zu haben.

Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte eine Gefängnißstrafe von neun Monaten, der Gerichtshof schloß sich diesem Antrage jedoch nicht an, sondern erkannte auf Freisprechung des Angeklagten. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Ein Straßenraub hat die Berliner Polizeibehörde länger als drei Monate hindurch beschäftigt und wird demnächst zur gerichtlichen Verhandlung kommen. Am 11. November v. J. besuchte der Schlossermeister Hummelbeck, Münchenerstr. 28 wohnhaft, das in dem Hause Weberstr. 34 belegene Schanklokal von Thormeier. Daselbst befanden sich an einem Tische fünf Personen, von denen sich drei bemühten, mit H. ein Gespräch anzuknüpfen, ihre Absicht aber nicht erreichten. Kurz vor 11 Uhr Abends berichtigte H. seine Zeche und ging, seinen Weg durch die Gollnow- und Neue Königstraße nehmend, dem Friedrichshain zu. In derselben Nacht fanden Schutzleute am Königsthor, und zwar am Rande des Hains, einen bewußtlosen Mann, welcher aus der Nase stark blutete, und dessen rechter Goldfinger arg zerfetzt war. In ihm wurde später der genannte Schlossermeister ermittelt. Derselbe gab bei seiner Vernehmung über den Vorfall an, daß ihm fünf Personen in der Neuen Königstraße gefolgt seien, von denen zwei ihn am Friedrichshain überfallen, zu Boden gerissen und ein feuchtes, wahrscheinlich mit Chloroform getränktes Tuch ihm über das Gesicht geworfen hätten. Es stellte sich heraus, daß dem Ueberfallenen sein wohlgefülltes Portemonnaie, eine werthvolle silberne Remontoiruhr und ein Trauring geraubt waren, welch letzterer in das Fleisch des Fingers derartig eingewachsen war, daß er nur unter Anwendung von Gewalt herunterzerissen werden konnte. Dies war auch geschehen und dadurch der Finger stark verletzt worden. Die Polizei richtete zunächst ihr Augenmerk auf die Gastwirthschaft von Thormeier und ermittelte auch, daß ein Verwandter desselben, der Einjährig-Freiwillige Otto Drenkhahn, eine der fünf Personen wiedererkennen zu können glaubte, falls ihm dieselbe gegenübergestellt würde. D. wurde zur Kriminalpolizei beordert und fand auch aus dem ihm vorgelegten Verbrecheralbum den Metalldreher Hauch heraus. Dieser wurde verhaftet, behauptete aber, von der ganzen Sache nichts zu wissen. In derselben Nacht, in welcher der Raub verübt wurde, erschienen in dem Restaurant von Belke, Linienstraße 19, fünf Männer, welche beim Bezahlen ihrer Zeche eine werthvolle Uhr als Pfand anboten, da sie kein Geld bei sich hätten. Der Wirth lehnte dies ab, lieh aber schließlich auf Bitten drei Mark auf das Werthstück. Zwei Stunden später kehrte Hauch zu ihm zurück und löste die Uhr wieder ein. Die Behörde erhielt hiervon Kenntniß und vergewisserte sich, daß die Uhr geraubt war. Nunmehr gestand Hauch, daß er mit den „Arbeitern" Fröhlich und Geschke, beide bereits wegen Straßenraubes vorbestraft, und noch zwei Unbekannten bei Thormeier gewesen sei und daß die Letzteren den Raub ausgeführt hätten. Die nun vor wenigen Tagen abgeschlossene Untersuchung hat das nachfolgende Ergebniß gehabt: Im Oktober v. J. brachen aus der städtischen Irrenanstalt in Dalldorf zwei Geisteskranke aus, welchen das Kleeblatt Fröhlich, Geschke und Hauch Unterkunft gewährte, um sie bei der Ausführung ihrer Verbrechen zu benutzen, da ihnen bekannt war, daß dieselben nicht bestraft werden können. Die Geisteskranken haben nun auch den Raub an Hummelbeck ausgeführt. Der Prozeß dürfte ein Bild zu Tage fördern, wie es wohl kaum jemals dagewesen ist.

Eine Handlung unglaublicher Rohheit beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Am Abende des 30. September v. J. wurde der Schutzmann Roßdeutscher auf eine Menschenmenge aufmerksam, welche eine Bank auf dem Promenadenwege in der Bülowstraße umstand. Beim Nähertreten entdeckte der Beamte, daß ein achtjähriges Mädchen, welches auf der Bank lag, Gegenstand der lebhaftesten Theilnahme und des aufrichtigsten Bedauerns des Publikums war. Das Kind war ohnmächtig auf der Straße zusammengesunken, man hatte es auf die Bank gelegt und bald die Ursache seines erbarmenswerthen Zustandes entdeckt, als es soweit zu sich gekommen war, daß es wimmernd auf seine Füße zeigen konnte. Man zog ihm die Schuhe und Strümpfe aus, und nun zeigte sich, daß beide Füße bis über die Knöchel hinaus total verbrüht waren, jeder Zeh bildete eine einzige fingerhohe Brandblase. Der Beamte erfuhr von dem Kinde, daß es Auguste Holzheimer heiße und in einer benachbarten Straße wohne. Dem Beamten waren die Verhältnisse des Kindes aus einer Anzeige bekannt, die kurz zuvor bei seinem Bureau eingegangen war. Die Mutter des Kindes war eine Wittwe Holzheimer, die mit einem gewissen Hermann Karl Braun zusammenlebte. Der Letztere war kürzlich angezeigt worden, weil er das Kind in unmenschlicher Weise mißhandelt haben sollte. Das Letztere wurde zunächst nach dem Polizei-Bureau und von da nach dem Krankenhause gebracht, wo es längere Zeit bis zur Heilung der Brandwunden verbleiben mußte. Das Mädchen gab bei den ersten Vernehmungen an, daß es an dem genannten Abende von dem „Onkel", dem erwähnten Braun, gezwungen worden sei, ein Fußbad zu nehmen. Derselbe habe hierzu Wasser aus der Maschine genommen und in einen Napf gegossen. Als das Kind die Füße mit dem Wasser in Berührung brachte, zog sie dieselben mit lautem Aufschrei zurück, das Wasser war fast siedend. Ohne sich davon zu überzeugen, ob die Furcht des Kindes begründet war oder nicht, habe der Onkel sie unter Androhung von Schlägen gezwungen, die Füße dennoch in die Flüssigkeit zu tauchen, die Mutter habe ihr gleichzeitig den Stuhl, auf dem sie saß, unter dem Körper fortgezogen, so daß sie genöthigt gewesen sei, in dem Napfe zu stehen. Die Flüssigkeit sei bei ihren durch den Schmerz hervorgerufenen Bewegungen verschüttet worden und nun erst habe ihre Mutter kälteres Wasser genommen. Man habe sie gezwungen, Strümpfe und Schuhe wieder anzuziehen und sie dann fortgeschickt, um einen Einkauf zu besorgen. Unterwegs sei sie vor Schmerz ohnmächtig geworden. Braun wurde wegen Körperverletzung unter Anklage gestellt. Im ersten Verhandlungstermine verweigerte das Kind aber seine Aussage. Keine Vorhaltungen des Präsidenten vermochten sie zu bewegen, gegen den Angeklagten Zeugniß abzulegen. Der Gerichtshof gewann die Ueberzeugung, daß das Mädchen von dem Angeklagten eingeschüchtert worden sei, es wurde deshalb beschlossen, den Angeklagten in Untersuchungshaft zu nehmen und diejenigen Zeugen zu vernehmen, welche die früheren Angaben des Kindes entgegengenommen.

Im gestrigen Termine wiederholte das Kind, welches inzwischen im Waisenhause untergebracht worden ist und seine Aussage abgeben mußte, während der Angeklagte aus dem Saal entfernt wurde, die Darstellung von dem Sachverhalte, wie es ihn früher angegeben. Unter Thränen gestand es ein, daß der „Onkel" sie vor dem vorigen Termine mit Schlägen bedroht habe, wenn es die Wahrheit sage.

Der Gerichtshof gewann auch aus der übrigen Beweisaufnahme die volle Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten, der zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr beantragt.

In dem Prozeß gegen die ehemaligen Direktoren des Preußischen Leihhauses Haake und Hoffmann wurden gestern die Verhandlungen vor der dritten Strafkammer fortgesetzt.

Das den beiden Angeklagten gemeinschaftlich vorgeworfene Vergehen gegen § 249b Nr. 1 des Handels-Gesetzbuches besteht in Folgendem: Beide haben dem Aufsichtsrath vorschriftsmäßig eine vom 31. Dezember 1887 datirte Bilanz überreicht, in welcher in den Rubriken „Kassakonto, Pfänder-Erwerbs-Konto und Darlehnskonto" der Stand der Vermögensverhältnisse der Gesellschaft wissentlich falsch dargestellt sein soll. Es waren nämlich in den Aufsichtsrathssitzungen vom 5. und 6. September 1887 Vorwürfe gegen die Direktion darüber erhoben worden, daß dieselbe in leichtsinniger und das Interesse der Gesellschaft gefährdender Weise Hypotheken und Wechsel beleihe. Direktor Haake soll die Geschäftspraxis eingeführt gehabt haben, daß die meisten der vom Preußischen Leihhause beliehenen oder diskontirten Wechsel gar nicht in die Geschäftsbücher eingetragen, sondern nur in einem vom Buchhalter Riemer geführten Oktavbuch mit dem Titel „Notizen zur Kasse" vermerkt wurden. In den Büchern figurirten die auf solche Wechsel ausgeliehenen Gelder unter dem Sammelkonto „Konto Diverse". Der Angeklagte Haake soll auch in den Aufsichtsrath-Sitzungen vom 5. und 6. September 1887 keineswegs alle damals im Besitze des Preuß. Leihhauses befindlichen Wechsel dem Aufsichtsrath vorgelegt, vielmehr vor der Sitzung einen Theil derselben an sich genommen und statt ihrer Geld in die Kasse gelegt, dasselbe aber nach der Sitzung wieder gegen die Wechsel ausgetauscht haben. Der Aufsichtsrath beschloß am 6. September 1887, „künftighin Wechsel weder zu diskontiren, noch zu beleihen". Der Vorstand hat dieser Anweisung aber keine Folge geleistet, sondern noch weiter Wechsel beliehen. Die im Tresor des Leihhauses beim Jahresabschluß noch vorhandenen Wechsel sind indeß durch den Kassirer Riemer auf Anweisung des Haake nicht als solche, sondern als baarer Kasseneingang aufgeführt worden, aus den Büchern ist die unwahre Angabe über die Höhe des am 31. Dezember 1887 vorhandenen Baarbestandes in die Bilanz übertragen worden, doch ist nicht erwiesen, daß auch der Angeklagte Hoffmann die Unrichtigkeit der Bilanz in diesem Punkte gekannt hat. — Angeklagter Haake bestritt auch hier, irgend etwas Sträfliches

gethan zu haben. Diese Buchung von Wechseln als Baarbetrag komme im kaufmännischen Leben manchmal vor. Bei einem jährlichen Umsatz von 4 Millionen Mark könne man einen Betrag von 10 000 M. Wechseln wohl als baares Geld buchen. Außerdem habe es sich hier nicht um eine eigentliche Bilanz gehandelt, da sie dem Aufsichtsrathe noch nicht vorgelegen habe. Die Wechsel seien gut und sehr bald fällig gewesen und hätten deshalb ruhig als Baarbeträge gebucht werden können. — Bücherrevisor Bierstädt erklärt eine solche Buchung nicht für zulässig, giebt aber zu, daß dieselbe im kaufmännischen Leben wohl vorkommen kann. Die Ordnungsmäßigkeit der von dem Angeklagten eingeführten Buchungen wird von den Zeugen Coler, Elkan und Riemer bestritten. — Angekl. Haake leugnet, daß er auch nach dem Verbotsbeschluß des Aufsichtsraths noch Wechsel beliehen habe; es habe sich dann nur noch um Prolongationen alter Wechsel gehandelt. Ueberdies dürfe nicht vergessen werden, daß ihm vom Aufsichtsrath immer und immer wieder gesagt worden, jedes Geschäft zu machen, welches Gewinn verspreche. Er sei mit einer Million überschmissen worden und sollte eine Dividende herausarbeiten — mit alten Röcken und Hosen habe er das natürlich nicht machen können. Er sei in allen seinen geschäftlichen Unternehmungen vom Aufsichtsrath gehässig verfolgt worden So sei einmal an der Börse das Gerücht verbreitet gewesen, das Preußische Leihhaus beleihe Similisteine statt Brillanten. Man sei ihm darauf hin sofort mit Revisoren auf die Bude gerückt, denen er das gesammte Brillantenlager zur Verfügung gestellt habe. Es sei merkwürdig, daß die vom Taxator Arnold sehr gewissenhaft taxirten Brillanten nach seiner Amtsentsetzung plötzlich als minderwerthige Schundwaare verschrien wurden, die aber dann wieder im Werthe stieg, als sie das Leihhaus in der Auktion erworben hatte. — Der Angeklagte bestreitet aufs Entschiedenste, daß er vor einer Kassenrevision die im Tresor vorhandenen Wechsel durch baares Geld ersetzt habe, um dann nach beendeter Revision die Wechsel wieder an die alte Stelle zu legen. Dieser Insinuation stehe doch schon die Thatsache entgegen, daß dann der Kassirer den Zu- und Abgang von Wechseln und baarem Gelde ordnungsmäßig hätte buchen müssen. Er könne sich auch auf die ihm auf den Hals gesandten Revisoren berufen, welche bezeugen würden, daß sie die gesammte Buchführung ganz in Ordnung befunden hätten. — Der Kassirer Riemer bleibt trotz dem Wiederspruche des Angeklagten dabei, daß derselbe den geschilderten vorübergehenden Austausch von Wechseln und baarem Gelde vorgenommen habe.

Bei dem nächsten Punkte der Anklage, bei welchem auch der Angeklagte Hoffmann interessirt ist, handelt es sich um Transaktionen in der Beleihung von Brillanten, bei welchen durch die Schuld der beiden Angeklagten dem Preußischen Leihhause ein Verlust entstanden sein soll und zwar durch statutenwidrige und unkaufmännische Geschäfte mit dem Juwelenhändler Danziger. In den Buchungen über diese Geschäfte und die Art, in welchen das Ergebniß derselben in der Bilanz erschien, sollen sich beide Angeklagte einer Verschleierung der thatsächlichen Verhältnisse schuldig gemacht haben. Danziger war bis September 1887 der größte Darlehnsschuldner des Preußischen Leihhauses. Er hat von demselben gegen Verpfändung von Brillanten Darlehen von zusammen ca. 800 000 M. erhalten und die Pfänder nicht eingelöst. Im Oktober 1887 ist er nach Amerika entflohen und wird seitdem steckbrieflich verfolgt. Danziger stand mit Haake in sehr regem freundschaftlichen Verkehr, das Geschäftsgebahren ist dem Kassirer Riemer und dem Taxator Arnold wiederholt verdächtig vorgekommen. Danziger bevollmächtigte am 1. Februar das Preuß. Leihhaus, von den seinerseits verpfändeten Brillanten nach Belieben freihändig zu verkaufen. Danziger genoß das Vertrauen der Direktion in dem Maße, daß ihm oftmals Brillanten, die das Preuß. Leihhaus auf seinen Auktionen Mangels geeigneter Käufer selbst hatte erwerben müssen, zum kommissionsweisen Verkauf anvertraut wurden. Schließlich sind ihm sogar Brillanten, die er selbst verpfändet hatte und die sich noch im Pfandbesitze des Preuß. Leihhaus befanden, zu gleichem Zweck von den beiden Angeklagten überlassen wurden. Ueber diese Verausgabung von Brillanten zum kommissionsweisen Verkauf wurden Eintragungen in die Bücher nie gemacht, sondern nur entsprechende Zettel mit Empfangsbescheinigungen des Danziger in die betreffenden Schachteln der Brillanten gelegt. Für die dem Danziger auf diese Weise herausgegebenen Posten Brillanten hat dieser, abgesehen von einer Abschlagszahlung von 1350 M. weder den Erlös noch die Brillanten selbst dem Preuß. Leihhause zurück gegeben und das Letztere ist daher um diese Werthe geschädigt worden. Trotzdem ist dieser Verlust von den beiden Angeklagten bei Aufstellung dieser Bilanze nicht in Ansatz gebracht worden, vielmehr sind sowohl das Pfänder-Erwerbs-Konto, wie auch das Darlehnskonto so aufgestellt, als ob die von Danziger veruntreuten Brillanten noch vorhanden wären. Eine im Sommer 1888 unter der neuen Verwaltung aufgenommene Taxe hatte das Ergebniß, daß die Danziger'schen Pfänder viel zu hoch beliehen waren und das Leihhaus hat sie in öffentlichen Auktionen mit schweren Verlusten verkauft. — Auch in diesem Punkte bestreiten beide Angeklagte jede Schuld und stellen die sie belastenden Behauptungen als gehässige Schilderungen ihrer Feinde dar.

Zu dem ganzen Geschäft mit Danziger erklärt Haake, daß er in den allermeisten Fällen von einer Herausgabe von Brillanten an Danziger zum kommissionsweisen Verkauf absolut nichts wisse. Es handele sich in vielen Fällen um eigenmächtige Handlungen des Riemer, welche dieser nun ihm in die Schuhe schieben wolle. Er habe nur in einem Falle die Herausgabe der Brillanten und die Ueberlassung derselben an Danziger gebilligt, in diesem Falle sei auch gar keine Gefahr für das Preußische Leihhaus gewesen. Er bestreite, daß jemals auf seine Anordnung günstige Taxen für Danziger abgegeben seien. Aus den ganzen Geschäften mit dem letzteren würde das Leihhaus auch gar keinen Verlust gehabt haben, wenn die neue Direktion die Brillanten nicht verschleudert hätte. — Angekl. Hoffmann erklärt, daß er in dem einzigen Falle, wo er eine kommissionsweise Ueberlassung der Brillanten an Danziger gebilligt habe, dies erst nach Rücksprache mit dem Taxator Arnold geschehen sei und nachdem dieser ihn verführt habe, daß er dies ganz ruhig thun könne, da ja in den übrigen beliehenen Brillanten mehr als ausreichende Deckung vorhanden war. Er bestreite, daß er die Absicht gehabt habe, in der Bilanz dies Geschäft zu verschleiern. — Direktor Coler und Zeuge Elkan stellen sich im Wesentlichen auf den Standpunkt der Anklage. Ersterer bleibt bei der Behauptung, daß die Brillanten dem Danziger zu hoch taxirt und zu hoch beliehen seien. Thatsächlich habe das Leihhaus die Brillanten weit unter der Taxe verkaufen müssen. — Beide Angeklagte weisen die Schuld dafür von sich und berufen sich auf Sachverständige darüber, daß in der That die neue Direktion die Brillanten unter dem Werth verschleudert habe. Dies wird namentlich von Herrn Arnold bestätigt. Derselbe bestreitet, daß er jemals zu hohe Taxen abgegeben habe und beschuldigt die neue Direktion abermals, daß sie ihn durch Zwang habe verleiten wollen Ungünstiges über Direktor Haake zu sagen. — Auch der Sachverständige Hausknecht ist der Meinung, daß die Brillanten in den allermeisten Fällen nicht zu hoch beliehen gewesen seien. Die Erzielung der schlechten Preise könne verschiedene Gründe haben. Die Brillanten seien überhaupt der Konjunktur unterworfen, hier aber kam noch hinzu, daß der heftige Zeitungskampf über das Leihhaus das Publikum mißtrauisch und kaufunlustig gemacht habe und daß das Hinauswerfen großer Massen von Brillanten auf den Markt auch auf den Preis drücke. — Auch der Taxator Arndt neigt der Meinung zu, daß die Beleihung der Brillanten keine zu hohe war.

In dem letzten Punkte der Anklage wird Haake beschuldigt, in Bezug auf die Darstellung der Hypothekengeschäfte, welche er gemacht, sich Unwahrheiten habe zu Schulden kommen lassen. Der Angeklagte Haake, der Vorsitzende des Aufsichtsraths, Dr. Hoffmann sen., und der Kaufmann Moritz Guttmann hatten sich im Jahre 1886 behufs Parzellirung des sogenannten Spiekermann'schen Grundstücks zu einer Sozietät verbunden. Die Parzellirung war im Frühjahr 1887 beendet und ergab einen Gewinn von etwa 220 000 M., der in der Weise vertheilt wurde, daß Haake davon die Hälfte, Hoffmann und Guttmann je ein Viertel erhielten. Hoffmann insbesondere erhielt auf seinen Gewinnantheil drei Hypotheken im Gesammtbetrage von 46 800 M. Als Hoffmann diese Hypotheken erwarb, schuldete er dem Preuß. Leihhause für zwei Darlehn 38 150 M. und hatte zu deren Sicherheit auf seinen Namen 4 auf seinem Gute Adolfsaue haftende Hypotheken und zwei Wechsel-Akzepte verpfändet. Diese Pfänder erhielt Hoffmann am 30. April 1887 vom Preußischen Leihhause zurück und verpfändete nun für die Schuld von 38 150 M., die vorerwähnten Hypotheken im Gesammtbetrage von 46 800 M. Die Anklage nimmt nun an, daß er — um seinen Namen aus den Büchern des Preußischen Leihhauses verschwinden zu lassen — die drei Hypotheken durch den bisherigen Besitzer Dir. Haake zum Schein an dem ihm befreundeten Ingenieur Emil Schulz zediren ließ und letzteren dann veranlaßt hat, die Hypotheken auf seinen — des Schulz — Namen zu verpfänden. Diese Operationen wurden auch dem entsprechend in den Büchern des Preuß. Leihhauses gebucht. Die gedachten Hypotheken sind weder durch Schulz, noch durch Hoffmann eingelöst, aber im Januar 1889 in vollem Betrage durch die Besitzer der Grundstücke an das Preußische Leihhaus gezahlt, nachdem das darauf gegebene gebuchte Darlehn längst verfallen war. — Ein anderes Geschäft ähnlicher Art war folgendes: Im Pfandbuche des Preußischen Leihhauses vom Jahre 1886 findet sich eine Eintragung, daß durch den Ingenieur Schulz eine auf den ideellen Antheil des Dr. Hans Spatzier vom Grundstück Holzmarktstraße 20—21 eingetragene Hypothek von 25 000 M. gegen Gewährung von 22 200 M. verpfändet ist. Diese Eintragung ist während eines Urlaubs des Angeklagten Haake von dem Angeklagten Hoffmann veranlaßt, später aber von Haake gebilligt worden. Die Anklage behauptet nun, daß die angebliche Verpfändung der Hypothek durch Schulz in Wahrheit eine jeder thatsächlichen Grundlage entbehrende Fiktion und nur deshalb in die Bücher eingetragen war, um dem Auge eines etwaigen Revisors die Thatsache zu verschleiern, daß das Leihhaus diese Hypothek gekauft hatte. Einige Zeit vor jener Eintragung war nämlich eine dem Dr. Spatzier gehörige, auf demselben Grundstücks-Antheil eingetragene Hypothek von 10 000 M. von dem Dr. Spatzier durch Vermittelung des demselben befreundeten Dr. Hoffmann verpfändet. Ein Hypothekengläubiger ließ jedoch wegen 375 M. rückständiger Zinsen über den ideellen Antheil des Dr. Spatzier Zwangoversteigerung einleiten, Dr. Hoffmann aber, welcher befürchtete, daß die auf seine Veranlassung beim Preußischen Leihhause verpfändete Hypothek ausfallen könnte, zahlte nun die Zinsforderung des Gläubigers aus seiner Tasche und wendete dadurch die Subhastation ab. Nunmehr entschloß sich der Direktor Hoffmann — wie er sagte, um die verpfändete Hypothek von 10 000 M. sicherer zu machen — die ihr vorausgehende für 22 200 M. aus der Kasse des Leihhauses anzukaufen. Dies geschah in der Weise, daß die Besitzer dieser Hypothek dieselbe an den als Strohmann auftretenden Ingenieur Schulz zedirten und dieser sie später an das Leihhaus abtrat. Der durch den Angeklagten Hoffmann am 29. November 1886 als Verpfänder eingetragene Ingenieur Schulz hat die Hypothek nicht eingelöst; dieselbe ist verfallen und am 15. September 1888 durch das Leihhaus selbst in der Auktion für nominell 100 M. erstanden. Der volle Betrag der Hypothek ist im Mai 1890 durch den Erwerber des inzwischen verkauften Grundstücks an das Preußische Leihhaus gezahlt. — Inzwischen war der Kaufmann Moritz Guttmann mit Haake in Zwiespalt gerathen; er regte bei dem Aufsichtsrath den Verdacht an, daß Haake und die beiden Hoffmann, Vater und Sohn, mit Geldern des Leihhauses in ihrem Privatinteresse wirthschafteten und in einer Aufsichtsraths-Sitzung wurden deshalb die von der Direktion vorgenommenen Beleihungen von Wechseln und Hypotheken einer Revision unterzogen. Direktor Haale gab bei dieser Gelegenheit Auskunft über den gesammten Hypotheken-Geschäftsverkehr und erörterte bezüglich jeder einzelnen Hypothek die Güte derselben. Darunter befand sich auch eine Hypothek über 61 000 M. Die, wie sich später herausstellte, Eigenthum des Angeklagten Haake war und durch seinen Strohmann, den Ingenieur Schulz, bei dem Preußischen Leihhaus für 39 000 M. versetzt war. Diesen Umstand verschwieg Haake, und er hat in der Darstellung der Hypothekengeschäfte des Leihhauses der Beleihungen resp. Verpfändungen vier Hypotheken nicht erwähnt, ja sogar ausdrücklich versichert, daß außer den von ihm aufgeführten Hypotheken weitere bei der Gesellschaft nicht beliehen seien. Er hat dadurch nach Ansicht der Anklagebehörde in seiner Darstellung den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft wissentlich unwahr dargestellt. — Auch die Richtigkeit dieser ganzen Beschuldigung bestreitet Haake ausführlichst. Er behauptet, daß die Hypothekengeschäfte der Gesellschaft keinen Schaden, sondern im Gegentheil Nutzen gebracht haben und, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, doch im Großen und Ganzen den Aufsichtsraths-Mitgliedern bekannt gewesen seien. Nur in der Eile und aus Versehen habe er vier Hypotheken nicht angegeben. — Die Zeugen Coler, Elkan und Pickardt können nur bekunden, daß ihnen eines Tages zu Ohren gekommen sei, daß Haake auf eigene Faust Hypothekengeschäfte mache. Dieser sei dann vor den Aufsichtsrath geladen worden, den revidirenden Mitgliedern desselben sei aber eine objektiv unrichtige Darstellung gegeben worden, da Haake über vier Hypotheken gar keine Mittheilung gemacht habe. Einen Schaden habe die Gesellschaft durch die Hypothekengeschäfte nicht gehabt.

Die Beweisaufnahme ist hiermit erledigt. — Staatsanwalt Unger weist in seinem Plaidoyer darauf hin, daß diese Anklage ein Destillat einer Anklage in weit größerem Umfange sei, bei welcher es sich um Untreue handelte, derentwegen die Untersuchung gegen den Direktor Haake und den Vorsitzenden des Aufsichtsraths Dr. Hoffmann eingeleitet war. Es handelte sich darum, daß diese beiden Herren fortgesetzt in eigenem privaten Interesse mit Geldern der Gesellschaft gewirthschaftet und das Geld auf den Namen eines Strohmannes entnommen haben. Wie es aber so oft im Leben geht, ist der schließliche Erfolg dieser Manipulationen nicht zum Schaden der Gesellschaft ausgefallen, und wenn damit auch die Anklage auf Untreue nicht aufrecht erhalten werden kann, so dürfte dieses Moment doch Einfluß haben auf die Beurtheilung des Angeklagten Haake überhaupt. Der Staatsanwalt läßt die beiden Punkte der Geldhergabe an den in Vermögensverfall gerathenen Freund des Angekl. Haake und des mit Petersen abgewickelten Geschäfts mit Brillanten fallen, hält aber im Uebrigen die Anklage aufrecht. Daß der Angeklagte die Gesellschaft länger als drei Monate ohne Aufsichtsrath gelassen, sei voll erwiesen, jedoch nur im Sinne des § 249 o H.-G.-B., während für den Thatbestand der Untreue (§ 249 H.-G.-B.) nur ein sehr starker Verdacht vorliege. Ferner hält der Staatsanwalt den Thatbestand des § 249 b für vorliegend in dem Falle der Anführung von Wechseln als Baarbestand in der Bilanz und in der Herausgabe der Brillanten an Danziger, wobei auch Hoffmann verantwortlich sei und beantragt gegen Haake 4 Monate Gefängniß und 600 M. Geldbuße, gegen Hoffmann 1 Monat Gefängniß und 100 M. Geldbuße.

Die Vertheidiger Rechtsanw. Gerth und Munckel setzten dagegen ausführlich die juristischen und thatsächlichen Momente auseinander, welche zur völligen Freisprechung führen müßten. Es handele sich hier um Denunziationen ausgesprochener Feinde der Angeklagten, welche eine wahre Hochfluth von Anschuldigungen losgelassen und fast jede einzelne Handlung des Angekl. Haake der Prüfung des Staatsanwalts unterworfen haben. Aus dieser Hochfluth habe der Staatsanwalt nur einige ganz unbedeutende Punkte retten können, welche bei näherer Betrachtung aber auch nicht aufrecht zu erhalten seien.

Der Gerichtshof erkannte nach längerer Berathung auf Freisprechung beider Angeklagten. Der Gerichtshof hielt bei keinem der Anklagepunkte einen Dolus der Angeklagten für erwiesen. Namentlich machte der Gerichtshof den Angekl. Haake auch nicht für das Sprengen der Generalversammlung vom 30. April verantwortlich, hielt es vielmehr nicht für ausgeschlossen, daß auch die Partei, aus welcher die Denunziation hervorgegangen ist, sich an dem Tumult betheiligt habe. Bei einem Punkte der Anklage erklärte der Präsident sogar, daß er von dem Gerichtshofe beauftragt worden sei, zu betonen, daß die Denunzianten bei Einreichung der Denunziation etwas unvorsichtig zu Werke gegangen. — Das freisprechende Urtheil wurde aus dem Zuschauerraum mit lautem Bravo begleitet, eine Kundgebung, welche der Präsident energisch rügte.

Berichtigung. In unserem gestrigen Bericht über die Verhandlung gegen die ehemaligen Direktoren des preußischen Leihhauses ist der Name eines Zeugen mehrfach falsch angegeben. Es handelt sich nicht um den Schriftsetzer Gimel, wie in unserem Blatte stand, sondern um den Schriftsetzer Eimer.

Braunschweig, 19. März. Die Polizeidirektion hatte im vorigen Jahre die hiesige Zahlstelle des deutschen Tischlerverbandes geschlossen und deren Gelder und Bücher beschlagnahmt. Der in Stuttgart domizilirende Verbandsvorstand war dieserhalb gegen die Polizeidirektion klagbar geworden, und das herzogliche Landgericht hat heute jene polizeilichen Maßnahmen als ungesetzlich erklärt und die Polizei zur Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände verurtheilt.

Arbeiterbewegung.

Forst. In Forst sind als Delegirte für den Kongreß der Textilarbeiter in Pößneck gewählt worden: Zigarrenhändler Carl Urban und Schankwirthin Frau Petschke. — „Zigarrenhändler, Schankwirthin und Textilarbeiter — wie reimt sich das zusammen?" fragt das „Sor. Wochenbl.". Wir rathen ihm, hinter „Zigarrenhändler" und „Schankwirthin" das Wort „Maßregelung" zu setzen, und seinen Lesern wird es dann schon möglich sein, sich den Vers zu reimen.

Ensdorf, Kreis Saarlouis, 17. März. Es ist etwa ein Jahr her, als in dem benachbarten Hülzweiler die erste Bergarbeiter-Versammlung abgehalten wurde. Allen waren noch die traurigen Zustände, die vor dem Streik geherrscht hatten, in frischer Erinnerung. Die Frauen sammelten sich vor dem Hause an, in welchem die Versammlung tagte und weinten laut, und selbst die harten Männer brachen in Thränen aus, als Maths Bachmann an die Zeit erinnerte, die man glücklich von sich abgeschüttelt hatte. In jener Stunde der Rührung verstiegen sich die Zuhörer zu überschwänglichen Gelöbnissen. Man wolle „Warken und seine Mitstreiter, die die verschlossenen Gitter geöffnet hatten, hinter denen der Bergmann hatte schmachten müssen; die den Frauen und Kindern wieder Brot gegeben hatten, auf den Händen tragen und mit ihnen den letzten Bissen Brot theilen" u. s. w. — Heute war in demselben Hülzweiler wieder Versammlung. Die Leute, die ohne einen Tag die Arbeit einzustellen, ohne „aufreizende Reden" einfach die Früchte des Streiks eingeheimst hatten, der, wie man sich erinnern wird, nur im oberen Revier ausgebrochen war, — diese selben Leute ließen sich heute von Dasbach belehren, daß er im Abgeordnetenhaus die kompakte Majorität hinter sich habe, und daß die Herren Abgeordneten (man bedenke im Abgeordnetenhaus!) den Bergleuten schon zu ihrem Rechte verhelfen würden.

Diese selben Leute riefen darauf den bergmännischen Rednern zu, daß sie von den „sauren Groschen der Arbeiter lebten und sich wohl sein ließen", riefen „heraus" und „auf ihn", als jene Redner für die Beschickung des Pariser Bergmannstages das Wort nahmen. Daß diese Redner lange Freiheitsstrafen ertragen, daß sie aus der Arbeit entlassen worden, weil sie für die Sache der Kameraden gekämpft hatten, das war vergessen. Vergessen, daß es eine Ehrenschuld sei, für die abgelegten Kameraden zu sorgen, vergessen alle früheren Versprechungen. Vor der Thür des Hauses, in welchem die Versammlung stattfand, hatten sich dieselben Frauen eingefunden, wie früher. Und als sie nun die ehemals Gefeierten sahen, da beschimpften sie dieselben öffentlich und warfen mit Steinen nach ihnen. Hülzweiler ist ein „gutkatholischer Ort" des Kreises Saarlouis. Beglückwünschen wir den Herrn Pfarrer, dessen Pfarrkinder sich so auf die Tugend der Dankbarkeit wie auf den „Kampf mit geistigen Waffen" verstehen, denn die Leute waren belehrt, daß die Redner Sozialdemokraten seien! Beglückwünschen wir aber auch den überwachenden Beamten zu seiner Kaltblütigkeit, der von der bedrohten Sicherheit der Angegriffenen nichts merkte. Er selbst ging ungefährdet mitten durch den wüthenden Weiberhaufen, und die Steine flogen an ihm vorbei.

Soziale Uebersicht.

Achtung! Berliner Glasergesellen! Von Magdeburg kam an mich ein Brief, worin sich die dortigen Kollegen beschweren, daß sie durch Zuzug von Berlin in dem ihnen aufgedrungenen Kampfe sehr zu leiden haben. Ich halte es daher für meine Pflicht, die hiesigen Kollegen nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß sie dafür Sorge tragen, daß bis weiteres der Zuzug nach Magdeburg unterbleibt. Sollten von dort etwa auf Verschreibung Gesellen verlangt werden, so sind diese Offerten zurückzuweisen. Die Berliner Glasergesellen haben bisher bewiesen, daß sie sich mit allen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeitern solidarisch fühlen, und ich hoffe bestimmt, daß dieses Gefühl in erster Linie unseren Kollegen gegenüber zur That wird. Also, die Parole für etwa abreisende Kollegen muß sein: Magdeburg seitwärts liegen lassen. Mit kollegialischem Gruß und Handschlag R. Stampehl, Vertrauensmann der deutschen organisirten Blanklaser.

Mons, 18. März, Abends. Sechshundert Arbeiter im Kohlenrevier Flenu sind, wie das Bureau „Herold" meldet, wegen Lohnverkürzung ausständig geworden. Es wird eine Ausdehnung des Streiks auf den umliegenden Gruben befürchtet.

Versammlungen.

Die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins waren auf Einladung der Kommission für öffentliche Angelegenheiten am 17. d. M. im Saale der Bötzow'schen Brauerei in größerer Anzahl versammelt. Die unter Leitung des Kollegen Butry tagende Versammlung folgte in erster Reihe mit größtem Interesse den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Bruhns, welcher in großen Zügen die Hauptursachen der erfolgten Niederlage der Hamburger Tabakarbeiter vor Augen führte. Der Vortragende knüpfte an die Thatsache an, daß heute der Arbeiter nur im Besitze seiner Arbeitskraft, der Unternehmer dagegen im Besitze aller Produktionsmittel zur Gütererzeugung ist. Der Arbeiter erhalte nur einen Theil seines Arbeitsertrages, den Arbeitslohn, und da der Arbeiter das naturgemäße Bestreben habe, den Lohn nach Möglichkeit zu erhöhen, der Unternehmer dagegen, denselben möglichst niedrig zu gestalten, so herrsche immerdar ein erbitterter Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer um die Höhe des Lohnes. Alle Hilfsmittel, um in diesem Kampfe Sieger zu bleiben, seien auf Seiten des Kapitalisten und schier unerschöpflich. Hierher gehören vor Allem die fortschreitende Maschinentechnik, das dadurch bedingte stete Wachsen der industriellen Reserve-Armee, welches noch begünstigt werde durch die immer weitere Ausbreitung der Frauen- und Kinderarbeit, das Heranziehen fremder billiger Arbeitskräfte (Polen, Italiener 2c.,

ja selbst Chinesen und Neger à la Wörmann) u. s. w. Der einzelne Arbeiter sei dem Kapitalisten gegenüber völlig machtlos. Er müsse versuchen, vereint mit seinen Leidensgenossen seine Lage zu verbessern. Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen seien sehr mannigfache, dieselben lägen in erster Linie auf geistigem Gebiete (Aufklärung), dann aber auch auf materiellem Gebiete und hätten hier vor Allem eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erstreben, was erfreulicher Weise immer mehr zur Geltung gelange. Die gewerkschaftliche Bewegung vor dem Ausnahmegesetz war nach Meinung des Vortragenden bedeutungslos und sei dies auch noch nach dem Erlöschen desselben, was in Anbetracht der langjährigen Verfolgungen und Unterdrückungen nur zu erklärlich sei. Dazu komme die Handhabung der verschiedenen Vereinsgesetze, welche niederdrückend auf die gewerkschaftliche Bewegung wirke und im grellen Widerspruch stehe mit dem allgemeinen gleichen Wahlrechte und dem gewährleisteten Koalitionsrechte der Arbeiter. Wo diese reaktionären Gesetze nicht ausreichen, werden zudem alte längst vergessene Gesetzesbestimmungen ausgegeben und gegen die Arbeiter zur Anwendung gebracht. Die Unternehmer, welche den Fall des Sozialistengesetzes schmerzlich bedauern, haben die Gefahr der Arbeiterorganisationen für sie wohl erkannt und sind demzufolge bemüht, dieselben zu vernichten. In denkbar schärfster Weise gehen sie gegen dieselbe vor, wie die vielfachen Aussperrungen genugsam beweisen. Sie bilden Unternehmerverbände und es stehen auch diesen wieder Hilfsmittel zu Gebote, welche den Unternehmerverbänden gegenüber den Arbeiterorganisationen ein ebenso großes Obergewicht sichern, wie dem Unternehmer dem einzelnen Arbeiter gegenüber. Zu der wirthschaftlichen Ueberlegenheit komme noch der Umstand, daß die Unternehmerverbände durch Vereinsgesetze ꝛc. in keiner Weise behelligt würden, und so könne es nicht Wunder nehmen, daß die Arbeiter bisher immer im Nachtheile geblieben sind, wie auch jetzt wieder die Hamburger Tabakarbeiter, trotzdem dieselben voll Heldenmuth gekämpft haben. Bisher hätten, meinte der Vortragende weiter, die Unternehmer ihre wahren Absichten noch mehr oder weniger zu bemänteln gesucht, diesmal indessen hätten dieselben aus ihrer Absicht, die Organisation der Arbeiter zu zerstören, gar kein Hehl gemacht. Zu dieser Rechtsverletzung entblöde man sich nicht, nunmehr auch den Hohn zu fügen, indem man in Bourgeoisblättern schreibt: „Nach der jetzt erhaltenen Lektion würden sich die Arbeiter wohl besinnen, ehe sie sich wieder in Lohnstreitigkeiten einließen. „Solchem Gebahren gegenüber fehle es an Worten, der Empörung Ausdruck zu geben. Die Arbeiter seien aber verpflichtet, auf Mittel zu sinnen, um derartige Niederlagen für die Zukunft zu vermeiden. Das empfohlene Mittel, die gewerkschaftliche Bewegung gänzlich aufzugeben und alle Kräfte auf die politische Bewegung zu konzentriren, hielt Redner praktisch für unausführbar. Unter den heutigen Verhältnissen seien die Arbeiter zur gewerkschaftlichen Bewegung verpflichtet, sie dürften sich nicht mit gebundenen Händen dem Unternehmerthum ausliefern, da sie sonst, ökonomisch zu Grunde gerichtet, unfähig würden, die politischen Siege zu erkämpfen. Die Gewerkschaftsorganisationen, ausgestaltet, wie sie sein müssen, seien berufen, bei der Umgestaltung der Produktionsweise auf sozialistischer Grundlage eine große Rolle zu spielen, seien die Vorschulen zur politischen Bewegung. Durch die bisherigen Mißerfolge dürften die Arbeiter nicht muthlos werden, sondern mit frischen Kräften an die Ausgestaltung ihrer Organisationen herangehen. Redner hatte hierbei lediglich die Form der Zentral-Organisationen, die großen Branchen-Organisationen im Auge und bedauerte lebhaft, daß gerade in Berlin so vielfach Neigung für Lokalorganisation vorhanden sei. Redner war der Meinung, daß, wenn unablässig das Augenmerk auf die Stärkung der Organisationen gerichtet würde und die aus den bisherigen Kämpfen zu ziehenden Lehren die erforderliche Beachtung fänden, die Arbeiter vermöge ihrer Organisationen fernerhin im Kampfe gegen das Kapital sich als die Stärkeren erweisen würden. (Beifall.) Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht und die Versammlung trat nach einer kurzen Pause in die Verhandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung ein. Zu diesem berichtete Kollege Otto über das Antwortschreiben des Fabrikanten-Vereins auf die demselben übermittelte, von der öffentlichen Versammlung am 2. Februar im Böhmischen Brauhause gefaßten Resolution, das vorgeschlagene Einigungsamt betreffend. Die Antwort geht kurzer Hand dahin, daß die von den Arbeitern und Arbeiterinnen gestellten Bedingungen rundweg abgelehnt werden. Kollege Otto knüpfte hieran eine Kritik der einschlägigen Verhältnisse. Die Versammlung beharrte auf dem Boden der Resolution und ging über das Projekt eines Einigungsamtes zur Tagesordnung über. Zum Dritten war die Versammlung berufen, Stellung zur Maifeier zu nehmen. Namens der Kommission berichtete hierzu Kollege Börner, daß die Kommission sich in Anbetracht dessen, daß es unter den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen unmöglich sei, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, daß es aber ebenso unmöglich war, für den 3. Mai ein Lokal zu erhalten, sich veranlaßt gesehen habe, für den 2. Mai Abends das Elysium (Landsberger Allee) zu einer entsprechenden würdigen Feier zu miethen und daß die Kommission glaube, dadurch nicht dem Vorschlage der Fraktion entgegengehandelt zu haben. Die Versammlung stand völlig auf dem Standpunkte der Kommission, Frau Reißner ausgenommen, welche sich aus dieser Ursache verschiedene sehr kräftige „kalte Wasserstrahlen" zuzog. Der Vorschlag der Kommission wurde einstimmig gutgeheißen.

Nachdem noch auf das am 2. Osterfeiertage statthabende Vergnügen hingewiesen worden war, ehrte die Versammlung das Andenken an die Märzgefallenen durch einmüthiges Erheben von den Plätzen.

Der Fachverein der Tischler (Norden) hielt am 11. März eine ziemlich gut besuchte Versammlung im Moabiter Kasino ab. Herr Kandidat Hoffmann hielt einen interessanten, mit großer Aufmerksamkeit verfolgten und mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Produktionsweise im Alterthum und jetzt". In der Diskussion sprachen die Kollegen Thierbach und Millarg im Sinne des Referenten und ergänzten den an und für sich lehrreichen Vortrag. Nachdem noch einige Werkstattangelegenheiten besprochen waren, schließt der Bevollmächtigte die Versammlung mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung.

Der Verein der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpressen hielt am Mittwoch, den 11. März, seine Versammlung ab. Herr Silberberg gab in seinem Vortrag einen Rückblick auf das verflossene Jahr. Er ermahnt die Kolleginnen zu festem Zusammenhalten, da wir täglich Beweise haben, daß man gegen uns Waffen schmiede und uns nicht so unbestritten das Feld räume. Redner erntete für seinen Vortrag reichen Beifall. Eines Jubilars wurde gedacht, welcher in einer der größeren Druckereien Faktor ist und ein Gehalt von 100 Mark wöchentlich bezieht. Um ihn zu erfreuen, war eine Sammlung veranstaltet worden, von welcher sich die Arbeiterinnen ausschlossen, da viele unter ihnen von ihrem Wochenlohn von 7 M. nichts entbehren können. Ferner kam der Fall in der Büxenstein'schen Buchdruckerei zur Sprache, in welcher sich eine Punktirerin weiße Makulatur-Bogen, die zum Verpacken der Ballen gedient hatten, bei Seite gelegt hatte. Sie wurden von dem Maschinenmeister gefunden und er fühlte sich veranlaßt, eine polizeiliche Haussuchung bei der Arbeiterin stattfinden zu lassen. Als die Punktirerin dem Beamten gesagt, daß sie sich das Papier bei Seite gelegt habe, fragte derselbe, ob sie das schon lange betreibe. Die Kollegin wies die Beschuldigung zurück, da sie nicht mit dem Bewußtsein, eine Veruntreuung zu begehen, gehandelt habe und eine jede Arbeiterin sich Papier, um ihr Butterbrot einzuwickeln, nimmt. Der Maschinenmeister konnte sich jedoch nicht zufrieden erklären und wünschte die Bestrafung der Punktirerin, wogegen sich der Geschäftsführer aber streng verwahrte. Hierauf schloß die Vorsitzende, nachdem bekannt gemacht, daß die nächste Versammlung am 25. März bei Keßner, Annenstraße 16, stattfinde, die Versammlung.

Der Verein der Eisen- und Metalldreher Berlins und Umgegend hielt am Mittwoch, den 11. März, eine Versammlung ab unter Vorsitz des Koll. Pagel. Herr Peus sprach über den wirthschaftlichen und politischen Bankerott des Kapitalismus und erntete den lebhaften Beifall der Versammlung. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Abrechnung vom Weihnachts-Vergnügen" erstattete Koll. Wegner Bericht. Nach Prüfung desselben ertheilte die Versammlung Koll. Wegner Decharge. Zum 3. Punkt: „Kassenbericht von 1890" giebt Koll. Mittmann die spezielle Abrechnung von Oktober bis Ende Dezember 1890. — Unter „Verschiedenem" fand eine lebhafte Debatte über die Arbeits-Niederlegung der Kollegen bei der Firma Weber wegen Lohnreduktion statt, an der sich die Koll. Mittmann, Fettkenheuer, Machatzky und Wegner in hervorragender Weise betheiligten. Da kein endgiltiger Beschluß gefaßt werden konnte, wurde diese Sache dem Vorstand zur Regelung überwiesen. Nach Erledigung mehrerer Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Bildhauer. In der öffentlichen Versammlung der Bildhauer und deren Angehörigen, welche am 15. d. M. unter dem Vorsitze des Kollegen Winkler tagte, sprach Herr Dr. Lützenau über das Thema: Die Erziehung, und sein Vortrag wurde mit allgemeinem Interesse entgegengenommen. Redner ging zunächst auf die Geschichte der Schule ein, deren Stellung der Kirche, den Städten und des heutigen Staates gegenüber u. s. w. Weiter fordert er die Anwesenden auf, ihre Kinder in der Weise zu erziehen, daß sie für den Kampf des Proletariats gewaffnet sind. An der Diskussion betheiligten sich die Kollegen Roche und Seidel, letzterer bespricht in treffenden Worten das heutige Strafverfahren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute tagende Versammlung der Bildhauer und deren Angehörigen erklärt, daß die Art und Weise, wie heute infolge der bestehenden Gesellschaftsordnung die Menschheit erzogen wird, dazu führen muß, daß die menschliche Gattung physisch wie moralisch zu Grunde gerichtet wird; die Trennung des Arbeiters von seinem Arbeitsmittel ist die Ursache der Ausbeutung und der Knechtschaft. Nur durch die Aufhebung dieser Trennung, d. h. durch die Rückkehr der Arbeitsmittel an das arbeitende Volk, wird die Grundlage der Freiheit geschaffen und wird es möglich, daß die Fähigkeiten eines jeden Menschen vermittelst einer wahren und richtigen Erziehung ganz und voll zur Geltung kommen.

Im „Verschiedenen" wurde ein Antrag, eine Deputation von 3 Mitgliedern zu wählen, um einen Kranz auf dem Grabe der Märzgefallenen niederzulegen, einstimmig angenommen, und es wurden hierzu die Kollegen Hartung, Fischer und Harnisch gewählt. — Die dem Bildhauer ganz besonders eigene Geselligkeit hielt die Theilnehmer noch lange zusammen.

Achtung Moabit! Große Versammlung für Frauen und Männer am Sonntag, den 22. März Abends 6 Uhr, Wilsnackerstr. 63 bei Ilges. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Otto Klein: Der Kampf ums Dasein. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Tellersammlung findet statt. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. „Karl Marx", Abends 9 Uhr, bei Schönfeld, Mariendorferstr. 10. Gäste haben Zutritt. — „Süden", Abends ½ Uhr bei Schwarzkopf, Skalitzerstr. 11. Gäste, Damen und Herren, willkommen. — „Westen", Abends 8 Uhr im Restaurant Böhland, Bülowstraße 32. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Aufnahme von Mitgliedern. Männer-Gesangverein „Collegia", Restaurant Reichenbergerstr. 16. — Gesangverein des „Fachvereins der Putzer Berlins und Umgegend" „Gemüthlichkeit", Seydelstraße 20 bei Preußer. — „Buchbinder-Männerchor" Berlin, Alte Jakobstr. 75 bei Feuerstein. — Männer-Gesangverein der „Berliner Schmiede", bei Tempel, Breslauerstr. 27. — Arbeiter-Gesangverein „Nord", Brunnenstr. 38 bei Gnadt. — Gesangverein „Lorbeerkranz", Restaurant Weinstr. 11. — „Kaiser'scher Männerchor", Schönhauser Allee 20 bei Nürnberg. — Gesangverein „Wiederhall", Wrangelstr. 141 bei Schmidt. — Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung", Friedrichsberg, Friedrich Karlstr. 34 bei Schulze. — „Kummer'scher Gesangverein", Elisabethstr. 11 bei Rüth. — Gesangverein „Esmeralda", Koppenstraße 33 bei Keller, Abends 9 Uhr. — „Wilhelm Seeger'sche Liedertafel", Abends 9 Uhr bei Trucks, Reichenbergerstraße 82. — Gesangverein „Tondüthe", Görlitzerstr. 68 bei Tolksdorf. — „Karthanscher" Gesangverein, Große Frankfurterstr. 99 bei Krüger, Frankfurter Bierhallen. — Gesangverein „Jugendfreuden" bei Keller, Bergstr. 68.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. „Männerchor Waldesrauschen", Markgrafenstr. 67 bei Weigt. — Männer-Gesang-Verein „Union" Abends 9 Uhr, in der Berliner Bock-Brauerei. — Musikdilettanten-Verein „Glocke" 9—11, Uebungsstunde. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Vergnügungsverein „Glückauf", Abends ½ Uhr, Sitzung bei Möwes, Fichtestr. 29. Nach der Sitzung Tanz. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Veilchen", Sitzung mit Damen von 9 Uhr ab, Admiralstr. 38 bei Lülow. Gäste willkommen. — Geselliger Verein „Immergrün" Abends 9 Uhr, im Restaurant Heinicke, Oranienstr. 38. — Verein ehem. Schüler der 38. Gemeinde-Schule, Sitzung, Abends 9 Uhr, im Grand Restaurant „Kornblume" (Inh. Otto Noll), Andreasstr. 3. Gäste willkommen. — Rauchklub „Ohne Zwang", Abends ½ Uhr, bei W. Sparth, Weinstraße 28. — Skatklub „Tournee", Abends ½ Uhr, beim Genossen Karl Ullrich, Wrangelstr. 84. Gäste durch Mitglieder eingeführt willkommen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 19. März. Nach weiteren Meldungen aus Gibraltar von gestern Abend konnten die Rettungsboote wegen des starken Sturmes an die „Utopia" nicht herankommen und mußten sich begnügen, die von den Wellen Fortgerissenen aufzusuchen. Die Mannschaften der englischen und schwedischen Boote wetteiferten mit einander in den Bemühungen, die Ertrinkenden zu retten. Die Panzerschiffe ließen elektrisches Licht auf die See fallen. Die Zahl der Ertrunkenen wird gegenwärtig auf 576 angegeben, darunter befinden sich zwei englische Seeleute von einer Schaluppe des englischen Panzerschiffes „Immortalité", welche an die Felsen geschleudert wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

M. W., Stralau. Haft ist eine mildere Strafart als Gefängniß. Bei ersterer findet ein Zwang zur Arbeit nicht statt.

H. S. 30. Zur Beantwortung Ihrer Fragen bedürfen wir der zuvorigen Aufklärung über verschiedene Punkte. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

N. 22. Böckhstr. Wenn Jemand, der rechtskräftig zu einer Zahlung verurtheilt, aber fruchtlos gepfändet ist, in einer Lebensversicherung ist und vermeiden will, daß sich bei seinem Tode oder bei sonstiger Fälligkeit der Versicherungssumme der Gläubiger an diese hält, so möge er dieselbe von vornherein zu Gunsten seiner Frau oder eines bestimmten Dritten schreiben lassen.

S. 21. Wenn der Miethskontrakt Pränumerandozahlung bestimmt, der Wirth sich aber stillschweigend mit Postnumerandozahlung begnügt, so kann er doch jederzeit erklären, daß in Zukunft der schriftliche Kontrakt wieder in Geltung treten, und die Miethe pränumerando gezahlt werden soll.

C. G., Jungstraße. Aus Ihren dürftigen Angaben läßt sich nicht ersehen, ob Sie Anspruch gegen irgend eine Kasse, insbesondere gegen die Ortskasse haben.

Quittung. Von H. Lewy, Zigarrenarbeiter, 6 M. erhalten, gesammelt von Landsleuten. Johann Blum.

Briefkasten der Expedition.

Für die Ausgesperrten gingen ferner ein: Die österreichischen Genossen in Berlin 3,20 M. Humoristische Pfeifenbrüder 2,55. 5 rothe Möbelpolirer und 1 Schlosser aus der Wasserthorstraße 4,05. P. Senftenberg 1,50. Bautischlerei Henschel, 1. Rate, 11,20. Gesammelt Brandenburgstraße 7,60. Von einem Geburtstag der durstigen Brüder aus der Memelerstraße 7,—. Brüder mit den rothen Mützen, Köpenickerstraße 10,—. 15 Fischer, 4 Maler, 1 Handschuhmacher in Friedrichshagen durch Krüger 9,—. Gesammelt am Geburtstagstisch bei Boll 1,50. Von der Buchdruckerei von Gebr. Fickert d. W. Börner 4,05.

Allgemeiner Deutscher Sattler-Verein
(Filiale Berlin).
Sonnabend, den 21. März, Abds. 8½ Uhr, bei **Royer,** Alte Jakobstr. 88:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 264/4
1. Wie stellen sich die Arbeiter den Unternehmer-Verbänden gegenüber? Referent Herr **Sillier.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Kaufleute.
Große Versammlung
am Freitag, den 20. März, Abends 8½ Uhr,
in den **Arminhallen,** Kommandantenstraße 20 (unterer Saal).
Tages-Ordnung: 188/8
1. Vortrag des Herrn **Karfunkel** über Werth und Nutzen des **Eisenbahn-Tonentarifs.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Sonnabend, den 21. März, Abends 8½ Uhr:
Grosses Tanzkränzchen
arrang. v. Fachverein der Lederarbeiter
in **Joël's** Salon, Andreasstraße 21.
Unter Mitwirkung des Gesangvereins der Lederarbeiter und komische Vorträge. **Billets** sind im Arbeitsnachweis bei Herrn Sperling, Luisen-Ufer 22 und in der Zahlstelle Hirtenstr. 10 bei Krüger zu haben.
201/7 **Das Komitee.**

Evorabräu (Fürth-Nürnberg) 30 Fl. für 3 M., in Gebind. von 17 Ltr. an, à Ltr. 30 Pf., empf. **Gust. Hering,** Berliner Lagerhof.

Klempner!
Da die am Sonnabend, den 7. März, einberufene Versammlung eines Versehens wegen nicht eröffnet werden konnte, so findet statt dessen am
Sonnabend, den 21. März, Abends 8 Uhr,
in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstraße 77/79, eine
Versammlung
statt. Die Tagesordnung lautet:
1. Vorlesung: **„Moses oder Darwin."** Vortrag von Professor Dr. A. Dodel-Port.
2. Unsere Stellung zum 1. Mai.
3. Verschiedenes und Fragen. 187/6
Gäste willkommen. — Billets zu der am 1. Osterfeiertag stattfindenden Matinee sind in der Versammlung zu haben. — Sämmtliche Kollegen haben die Pflicht zu erscheinen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Friedrichshagen!
Am Sonntag, den 22. März, kommt die für den Kreis Niederbarnim neugegründete Zeitung zur Verbreitung; es werden daher die Genossen von Friedrichshagen ersucht, sich recht zahlreich daran zu betheiligen. Sammelpunkt Sonntag früh 7 Uhr an der Bahn.
334/13 **Der Vertrauensmann.**

Nur 1 Mark. 896
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Kaupachstr. 7, I.** Auch Sonntags.

Frdl. Schlafst., sep. Eing., **C. Winter,** Köpnickerstr. 124. 1062 b

Schiefbude, Schankel sof. o. sp. z. verk. **Rixdorf, Hermannstr. 145.**

Gesangverein i. **W.** sucht f. Sonnabds. tücht. Dirig. Mld. Lützowst. 82, Portier.

Ein **Lehrling** wird verlangt. [1068b Teltowerstr. 42, beim Wagenlackirer.

Einen geübten Präger für Spitzenpapiere verl. **Hirschberg & Bernhard,** Moritzstraße 14/15. 1054b

Geübter Vorrichter und Stepperin finden dauernde Beschäftig. b. hohem Lohn. Nur Maaßarbeit. **Cl. Lücke,** Hamburg, Brüderstr. 14. 54/5 E

Maler und Lackirer.
Ein tüchtiger Lackirer, Bau, Möbel u. s. w. (guter Holzmaler) sucht dauernde Stellung. Derselbe war 19 Jahre in der Provinz selbständig, ist aber im Kampfe gegen die Kapitalmacht unterlegen; ders. ist m. Berechnen, Veranschlagen u. all. geschäftl. u. schriftlichen Arbeiten gut vertr. Antr. k. sof. erf. Gefl. Off. u. **B. S.** a. d. Exp. d. Bl. erb.

Plätterinnen 896
auf Manschetten u. Oberhemden verl. **A. R. Freyer,** Georgenkirchstr. 24.

Lehrling zur Messerschmiederei verl. 1006b] **E. Schulz,** Roßstr. 24.

Ein Arbeitsloser, [1059b seit v. J. ohne Verdienst, 26 J. alt (verh.), welcher stets in Buchbindereien u. ähnl. Branch. thätig war, auch mit Comptoir-Arbeiten vertr., sucht, gest. a. gute Zeugn., irg. eine Beschäftig. Gefl. Off. a. **Fr. Müller,** Bernauerstr. 114c, erb.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold,
SO. 5. Reichenbergerstraße 5. SO. 172 L.

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.